

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis halbjährlich 3.50 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.60 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Inserions-Gebühr
 Bezahlt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Bekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen des ersten Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 6. Mai 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Skutarikrise beendet.

König Nikola hat also doch dem Druck der europäischen Mächte nachgegeben und die Entscheidung über Skutari bedingungslos den Mächten überlassen. Man darf erwarten, daß die Räumung der Festung unverzüglich erfolgen wird.

Der Votschafterkonferenz lag der Verzicht bereits vor. Sie hat ihre Befriedigung über die neue Tatsache Ausdruck gegeben und sich dann auf Donnerstag vertagt, um, wie es in dem kurzen Bericht über die Sitzung heißt, über die Zukunft der Stadt Maßnahmen zu beraten.

Die Zukunft Skutaris ist aber unlöslich verknüpft mit der Zukunft Albanien, und so darf man wohl annehmen, daß die Votschafterkonferenz auch die albanische Frage als eine gesamteuropäische ansieht, die ihrer Regelung untersteht und nicht dem Ermessen von Oesterreich und Italien allein. In der Fortdauer der Konferenz darf man zugleich ein Zeichen erblicken, daß auch in der albanischen Sache in den nächsten Tagen nichts Endgültiges geschehen, sondern die Beschlüsse der Votschafterkonferenz abgewartet werden.

Die Hoffnung, daß trotz aller Vorbereitungen der österreichisch-italienische Raubzug nach Albanien vermieden werden wird, ist allerdings nicht sehr groß. Aber sie braucht noch nicht aufgegeben zu werden. Dem Prestige der österreichischen Mächte (bei vernünftigen Menschen ist es allerdings schon längst und für immer zum Teufel gegangen) ist durch die Räumung von Skutari nach allen Regeln der diplomatischen Etikette vollauf Genüge geschehen. Die österreichische Regierung kann also, wenn sie will, endlich in vernünftige Bahnen eintreten. Der laubere Plan, Albanien aufzuteilen, findet im eigenen Lande starken und sich vermehrenden Widerspruch. Man empfindet es doch selbst in den bürgerlichen Kreisen als zu verrückt, daß Oesterreich mit den größten Opfern an Gut und Blut das barbarische Nordalbanien erobert und dafür Italien Südalbanien und damit die Herrschaft über die Adria ausliefern solle, mit der sicheren Aussicht, früher oder später darüber in einen schweren Konflikt mit dem jetzigen Bundesgenossen zu geraten. Die Stimmung für das albanische Abenteuer ist daher in Oesterreich beträchtlich gesunken. Umgekehrt wächst in Italien die Eier, die neue Werte, die sich so unerbittlich darbietet, zu erringen. Und so hat wiederum einmal das Bild gewechselt. Die Gefahr der Friedensstörung durch Oesterreich ist heute etwas geringer und dafür die durch Italien um so größer.

Aber eine so eingreifende Besitzverchiebung an der adriatischen Küste berührt auch aufs stärkste die Interessen der anderen Mittelmeerkräfte, Frankreichs und Englands. Und so gewinnt die Nachricht des „Temps“ an Wahrscheinlichkeit, daß die Tripelentente und vor allem England gegen jeden Versuch einer österreichisch-italienischen Sonderaktion in Albanien protestiert habe. Würde ein militärisches Eingreifen in Albanien notwendig, um die Ordnung herzustellen, so dürfte dieses nur international sein.

Gegen den Willen der Tripelentente wird nun Italien wohl nicht so leicht zu handeln wagen, so sehr es auch die Aussicht auf den Raub lozen mag. Die deutsche Regierung aber müßte von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie nicht alles daran setze, die beiden Bundesgenossen von einem Abenteuer abzuhalten, das sie untereinander verfeinden, die schwersten Gefahren für den europäischen Frieden herbeiführen und Deutschland in Verwicklungen hineinreißen könnte, bei denen auch nicht das geringste deutsche Interesse in Frage käme.

Das Ergebnis der Botschafterkonferenz.

London, 5. Mai. Die Votschafterkonferenz hat sich heute nachmittags 5 1/2 Uhr auf Donnerstag vertagt.

Das kaiserliche Bureau empfing nach der Sitzung vom Auswärtigen Amt folgende Mitteilung: Die Tatsache, daß der König von Montenegro das Schicksal Skutaris in die Hände der Mächte gelegt hat, gereicht den Regierungen der Mächte zur großen Befriedigung. Die Mächte werden jetzt erwägen, welche Abmachungen für die Zukunft hinsichtlich der Stadt getroffen werden sollen.

Die Räumung Skutaris.

London, 5. Mai. Das kaiserliche Bureau ist zu der Erklärung ermächtigt, daß König Nikolaus von Montenegro sich entschlossen hat, Skutari zu räumen.

Die Nachricht in Oesterreich.

Budapest, 5. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ergriff Ministerpräsident Lufacs das Wort zu folgender Mitteilung:

Die Regierung hat eine Mitteilung von außerordentlicher Wichtigkeit erhalten, weshalb ich mich für verpflichtet halte, dem geehrten Abgeordnetenhaus zur Kenntnis zu bringen, daß nach der erwähnten Mitteilung unseres Gesandten in Cetinje der König von Montenegro beschloffen hat, die Großmächte von der bedingungslosen Räumung Skutaris zu verständigen. Der Ministerpräsident schloß: Ich brauche nicht zu sagen, daß dieses erfreuliche Resultat dem entschlossenen Schritte zuzuschreiben ist, welchen die Monarchie in dieser Frage getan hat. (Lebhafte Beifall. Eisenrufe, stürmische Rufe: Es lebe der König!) Ich habe die Ehre, gleichzeitig die Mitteilung zu machen, daß die Monarchie mit derselben Entschlossenheit, die sie bisher bekundet hat, fordern wird, daß diese in Aussicht gestellte Räumung nunmehr unverzüglich auch tatsächlich erfolgt. (Langanhaltender Beifall. Eisenrufe.)

Nachdem der Ministerpräsident diese Erklärung abgegeben hatte, wurde der Ministerrat, welcher gleichzeitig mit der Sitzung stattfand, fortgesetzt.

Die Auffassung in Wien.

Wien, 5. Mai. Der hiesige Standpunkt wird dahin gekennzeichnet, daß selbstverständlich nur bedingungslose Räumung Einfluss auf die Entschlüsse Europas haben könne, und daß die Räumung tatsächlich unverzüglich ins Werk gesetzt werden müsse, andernfalls Oesterreich-Ungarn Sorge tragen werde, daß es nicht bei der Ankündigung bleibe. Was Albanien anbetrifft, erklärt man hier, daß das Interesse Oesterreich-Ungarns und Italiens fortbesteht, das zur Herstellung der Ordnung in diesem Lande bestehende Programm von den beiden Mächten durchzuführen. Man weist dabei darauf hin, daß zwar die Meldungen über das Vorgehen Essad Paschas in Albanien ausschließlich aus montenegrinischen und griechischen, also interessierten Quellen stammen, deren Bestätigung abzuwarten sei, die aber jedenfalls das Bestreben der Nachbarn Albanien beweisen, dieses zu einem Intrigenherd zu machen.

Der Kronrat in Cetinje.

Paris, 5. Mai. Nach einer Wätermeldung aus Cetinje fand gestern unter dem Vorsitz des Königs Nikolaus eine außerordentliche Beratung statt, an der alle Minister und Generale teilnahmen. Die Mehrheit der Generale habe sich dafür ausgesprochen, daß die Regierung die Forderungen der Mächte betreffend Skutari erfüllen möchte. Das Ministerium habe seine Demission gegeben. Es werde dies allgemein als ein Beweis dafür angesehen, daß die Anhänger der Räumung Skutaris das Uebergewicht behalten hätten.

Nach einer anderen Meldung habe der russische Gesandte in Cetinje im Auftrage Esafonovs von neuem mit der größten Entschiedenheit den König Nikolaus zur Nachgiebigkeit gedrängt, der König habe auch endlich eingesehen, daß ein weiterer Widerstand unnützlich und gefährlich sei.

Die Demission angenommen.

Cetinje, 5. Mai. König Nikolaus hat die Demission des Kabinetts Martinowitsch angenommen.

Die Begründung des Verzichts.

Cetinje, 5. Mai. (Amtlich.) Die Krise bezüglich der Forderung nach Räumung der Stadt Skutari ist in dem von den Großmächten gewünschten Sinne gelöst worden. Da sich Montenegro einer großen PreSSION Europas gegenüber befand und keine Möglichkeit sah, daß es durch einen verlängerten Widerstand gewinnen könnte, aus dieser Krise siegreich hervorzugehen, hat es gestern den Mächten nachgegeben und erklärt, das Schicksal Skutaris in die Hände der Mächte zu legen. Der König hat sich im letzten Momente zu diesem schweren Schritte entschlossen. Der König ist tief überzeugt, hierdurch seinem Lande und seinem Volke gegenüber ein großes Opfer für den allgemeinen Frieden zu bringen, ein Opfer, welches einmütig von allen Seiten, sogar unter Androhung des Verlustes der Unabhängigkeit Montenegros, von ihm verlangt wurde. Bei seinem Entschlusse ließ sich der König auch durch Rücksichten auf seine Verblindeneten leiten, indem er befürchtete, daß, wenn er bei seinem Widerstand beharrte, er ihre mit so vielen Opfern erlauteten Siege gefährden könnte. In der vergangenen Nacht hat der König durch Vermittlung des englischen Gesandten an Sir Edward Grey eine Depesche geschickt, welche in Kürze folgendes besagt: Keine Regierung hat in ihrer Note vom 30. April die Gründe ihres Verhaltens in der Skutarifrage dargelegt. Dieses Verhalten war durch die unerschütterlichen Grundsätze der Gerechtigkeit geleitet. Noch einmal verkünde ich mit meinem Volke meine durch die Geschichte und durch die Eroberung geheiligten Rechte. Meine Würde und die Würde meines Volkes gestatteten mir nicht, isolierten Aktionen nachzugeben, und deshalb lege ich das Schicksal Skutaris in die Hände Europas.

Die Mitteilung im Oberhaus.

London, 5. Mai. Oberhaus, Viscount Morley machte dem Hause Mitteilung von dem Entschlusse Montenegros und bemerkte, dieser Entschlusse beseitige das, was während der letzten fünf oder sechs Tage die hauptsächlichste und gefährlichste Schwierigkeit gewesen sei. Der Entschlus

habe Europa von dieser Schwierigkeit befreit, und er glaube, daß das Haus mit ihm darin übereinstimmen werde, daß dieser Entschlusse weise gewesen sei im Interesse der Montenegrier selbst, ebenso wie der übrigen Balkanstaaten und schließlich des europäischen Friedens.

Italien wiegelt ab.

Rom, 5. Mai. Ueber den Entschlusse Montenegros, das Schicksal Skutaris in die Hände der Mächte zu legen, bemerkt die „Tribuna“, daß die Mächte nur das Londoner Protokoll über die nördlichen Grenzen von Albanien anzuwenden haben, in dem verlangt wird, daß Montenegro Skutari zu räumen hat, das wahrscheinlich die Hauptstadt des neuen Staates sein wird. Das Blatt sagt: Man kann die Gefahr eines Vorgehens Oesterreichs gegen Montenegro wohl als beseitigt betrachten, wenigstens was die Skutarifrage anbelangt. Bezüglich der Frage über die Ordnung im Innern Albanien hatten Oesterreich und Italien im Prinzip beschloffen, dort ein Okkupationskorps zu landen, um den normalen Zustand wiederherzustellen und dem neuen Staate die Kraft zu verschaffen, die ihm fehlt, um ihm die Achtung vor den Grenzen zu sichern, die ihm die Londoner Konferenz vorgezeichnet hatte. Das Vorgehen wurde beschloffen infolge des Gerüchtes, daß Essad Pascha sich zum König von Albanien proklamiert habe und daß Dschavid Pascha auf Balona marschierte, um es zu besehen.

Aus den heute eingelaufenen Nachrichten geht hingegen hervor, daß Essad Pascha keine Truppen einschiffen will und Dschavid Pascha gezwungen sein wird, dasselbe zu tun. Der Großvezir hat seinen Generalen befohlen, unverzüglich in das Osmanische Reich zurückzukehren. Es ist wahrscheinlich, daß diese, wenn sie erfahren, was sich gegen sie in Larent und Dalmatien vorbereitet, sich beeilen werden, ihre friedlichen Absichten kundzugeben. Wenn ferner Essad Pascha sich mit Kemal verständigt und Dschavid Pascha seine Truppen nach Anatolien abgehen läßt, so würde sich die Bedeutung der österreichisch-italienischen Expedition bedeutend verringern, wenn sie nicht überhaupt vermieden wird. Italien hat keinerlei Eroberungspläne, da es ein außerordentlich friedlicher Staat ist, der nur verlangt, seinen Handel und seine Industrie entwickeln zu können. Niemand wäre glücklicher als Italien, wenn sich nach Regelung der Skutarifrage die Beendigung über die Sicherheit im Innern Albanien legte, welches bereits eine anerkannte provisorische Regierung hat, der man, wenn sie die Kraft dazu hat, die Aufgabe und die Ehre überlassen könnte, die Verwaltung des neuen Staates zu organisieren.

Definitiver Waffenstillstand.

Konstantinopel, 5. Mai. Zwischen der Porte und den Balkanverbündeten wurde die Einstellung der Feindseligkeiten bis zum Friedensschlusse nunmehr definitiv vereinbart.

Rußland als Schiedsrichter.

London, 5. Mai. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Sofia hat die bulgarische Regierung nunmehr, dem Allianzvertrage entsprechend, Rußland als Schiedsrichter über die Differenzen wegen Verteilung der eroberten Gebiete angerufen. Die russische Regierung hat das Anerbieten angenommen und man hofft daher, daß die Streitigkeiten auf gutlichem Wege beigelegt werden können.

Ein Schiffskampf.

Konstantinopel, 4. Mai. Nach einem im Kriegsministerium eingetroffenen Telegramm vom 1. d. M. wurde ein feindliches Kriegsschiff, als es sich der Reede von Glnar an der Küste Kleinasiens näherte, durch die Küstenbatterien heftig beschossen. Das feindliche Schiff ging zurück und erwiderte das Feuer. Das Gefecht dauerte eine Stunde 23 Minuten. Das feindliche Schiff erlitt am Borderteil und am Nachbord Beschädigungen, seine Kanonen am Borderteil und am Steuerbord wurden zum Schweigen gebracht.

Arbeiterfeindlicher Uebereifer.

Aus Bayern wird uns geschrieben: Pas trop de zèle (nur nicht zuviel Eifer) mahnt ein französisches Sprichwort. Sollte der Philosph auf dem Ministerfautenil, der sprachwande Freiherr von Hertling von dieser Mahnung nie etwas gehört haben? Jedenfalls hat er sie bisher immer in den Wind geschlagen. Wären wir seine Freunde, würden wir ihm raten, für den künftigen Teil seiner Regierung sich dieses französische Wort zum Motto zu setzen.

Der erste Teil der wenig glorreichen Hertlingischen Regierungzeit hebt an mit der Einschränkung des Koalitionsrechtes der Eisenbahner, es reißt sich an das Schüttenschauviell mit folgendem Sathrypiel, um abgelöst zu werden von größtem Eifer für die Militär- und Deckungsvorlage, und nun kommt ein neuer Erlass, der die Entredung der Eisenbahner zu einer vollkommenen machen soll. All das ist begleitet von höchstem Ungeläch, der für diese Zwecke besonders gegründeten „Bayrischen Staatszeitung“, die bei Freund und Feind schärfster Kritik und durchaus berechtigter Abneigung begegnet. Diese Kombination von Staatsanzeiger, Norddeutscher Allgemeiner Zeitung, Observatore Romano in bayerischer Sprache vermag seiner ihrer Aufgaben zu genügen, am allerwenigsten der, den Ruhm des bayerischen Ministerpräsidenten wirksam zu verbreiten. Die Politik des Herrn Bethman Hollweg, wie die des Kardinal-Staatssekretärs, wie der Herren Erzbischofe und — im geziemenden Abstände die des bayerischen Ministerpräsidenten, dann aber noch die aller kirchlichen Organisatoren bis hinunter zu den so wackeren christlichen Arbeiter-Sekretären zu

berkreten, das ist die schwierige Aufgabe, die dieser bayerischen Staatszeitung gestellt sind.

Aber nicht bloß die so überaus amtliche Staatszeitung hat solche Aufgaben. Herrling selbst entzieht sich keiner noch so niedrigen Dienstleistung, die die klerikalen Arbeitersekretäre von ihrem Minister verlangen.

Allgemeines Ersauern hat es erregt, daß dem Verband des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals durch eine besonders scharfe terroristische Maßnahme jede Entwicklungsmöglichkeit durch die Behinderung des Beitrittes neuer Mitglieder abgeschnitten werden soll. Unter den bisherigen Mitgliedern will man Furcht und Schrecken erregen, ihnen soll die Flucht aus der Organisation nahegelegt werden. Zahlreiche Arbeiter, insbesondere Metallarbeiter, verlassen gut bezahlte Arbeit, um bei schlechteren Löhnen in den Werkstätten der bayerischen Eisenbahnverwaltung unterzukommen, weil sich ihnen da der Weg eröffnet, Heizer, dann Lokomotivführer zu werden, in Beamtenstellungen zu gelangen und sich am Lebensabend vielleicht einer Pension zu erfreuen. Man löst zwar die Organisation nicht auf, schneidet ihr aber den Zufluß neuer Mitglieder ab, läßt sie als den obersten Vorgesetzten nicht genehmigt erscheinen. So sollen die Arbeiter, die eine Ueberückung in den Fahrdienst, ein Aufsteigen in die Beamtenstellungen erwarten, veranlaßt werden, dieser Organisation den Rücken zu kehren. Auf diese hinterlistige Weise soll die Eisenbahnerorganisation einfach entkräftet und unmöglich werden. Diefem Ziele streben die klerikalen Arbeiter-Agitatoren und auf ihre Veranlassung der Eisenbahnminister Seidlein und der Ministerpräsident Hertling nach.

Was sollen diese neuesten gehässigen Maßnahmen der bayerischen Regierung bezwecken? Herr Hertling und dem wohl verschlungenen Name in seinem Ministerium, dem Herrn Eisenbahnminister Seidlein, zumuteten, daß sie lediglich, um ihre Abneigung gegen das Koalitionsrecht an einem untauglichen Objekte festzustellen, eine gehässige Maßnahme beschließen haben, wird niemanden einfallen.

In der bayerischen Eisenbahnverwaltung weiß man so genau wie in den Kreisen der Arbeiterschaft, der sozialdemokratischen wie der christlichen, daß dem Süddeutschen Eisenbahnerverband schon durch die erste Drohung des schwarzen Ministeriums jeder Wille zur selbständigen Vertretung von Arbeiterinteressen genommen wurde. Ganz aus eigener Initiative zu größter Ueberraschung der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten hat der Süddeutsche Eisenbahnerverband in einer Erklärung allen Wünschen der Regierung Rechnung getragen.

Sicherlich war die Erklärung den Eisenbahnern durch den Terrorismus der klerikalen Regierung abgezwungen worden. Der Pfanz hat gründlich gewirkt, seit dieser Erklärung ist nichts geschähen, was im Widerspruch mit ihr gebracht werden kann. Die Mitglieder wußten, daß ihr Verband nichts anderes mehr sein könne, sein wolle und sein werde als ein harmloser Unterstützungsverein, wie es deren im Gebiete der preussisch-bessischen Eisenbahnverwaltung Hunderte geduldet, ja von der Eisenbahnverwaltung geförderte Vereine gibt. Die Mitglieder des Verbandes schieden aus den Reihen der kämpfenden Arbeiterschaft, überall ließen sie sich aus den Listen der sozialdemokratischen Vereine streichen. Das preussische Ideal war erreicht. Und nun diese gehässige Maßnahme, die in dem Organ des Herrn von Pichler, des einflussreichsten bayerischen Zentrumsführers, in der „Donauzeitung“, eine „mutige Verfügung des Ministeriums“, „eine Radikalkur“ genannt wird. „Das Zentrum“, was festgehalten werden muß, „ist an der Sache nur insofern beteiligt, als es die Forderung, die jetzt Wirklichkeit geworden ist, schon längst aufgestellt hat.“ Man wird sich also merken, daß die Zentrumsparthei den Terrorismus gegen die Eisenbahner nicht nur billig, sondern als ihr besonderes Verdienst verzeichnet sehen will. Dieselben Zentrumszeitungen und Zentrumsarbeitersekretäre, die sich über jede Einschränkung der christlichen Gewerkschaftsagitation entrißen, die noch am Tage nach dem neuesten Terrorismusstreiche der bayerischen Regierung auf das schroffe in einer Nürnberger Bezirkskonferenz der bayerischen Arbeitervereine in Nürnberg gegen „die Unterdrückung des Rechtes auf Arbeit und Genüßungsterrorismus durch schwarze Listen und Reverse“ in einer Resolution protestiert haben, jubeln dem Ministerium Hertling zu, weil es den noch nicht schwarzen Eisenbahnern die weitere Entwicklung der Organisation unmöglich machen will. Das Wort vom zweierlei Recht tritt uns da auf sozialem Boden eigenartig entgegen.

Vor Tische las man anders. In einem München-Gladbacher Flugblatte, das noch jetzt unter Zentrumsarbeitern verbreitet wird, heißt es:

„Am wichtigsten erschien ihm (dem bayerischen Zentrum) die endliche Durchführung der Grundforderung der Bediensteten und Arbeiter nach Sicherung und weiterem Ausbau der Koalitionsfreiheit. (Der Sperrdruck und Zeitdruck an dieser Stelle findet sich bereits im Flugblatt!) Den dahingehenden Forderungen gab es zuletzt noch kräftigen Ausdruck in den gleich nach Zusammenritt des Landtags 1906 gestellten wirtschaftlichen Anträgen ... Um so kräftiger bekämpfte das Zentrum im Landtage Veruche einzelner Staatsverwaltungen, den Bediensteten und Arbeitern ihr Vereinigungsrecht nutzlos und unwirksam zu machen. So kann es mit Stolz darauf hinweisen, daß den Berufsvereinigungen der Bediensteten und Arbeiter in Bayern größere Bewegungsfreiheit gestattet ist, als in manchen anderen Bundesstaaten.“

Nun billigt aber die ganze Zentrumsparthei — selbst die christlichen Gewerkschaftsblätter wagen keinen Widerspruch — den Terrorismusakt von Hertling und Genossen. Der schärfste Terrorismus, die Erdrosselung des Koalitionsrechts, die ausnahmsgeheuliche Behandlung der Arbeiter sind gestattet, wenn es sich um Arbeiter handelt, die die christliche Organisation gerne erfassen möchte, aber nicht erfassen kann. Trotz der Geheimregierung des Herrn Seraphin Pichler, der großen Zentrumsleuchte, über das Eisenbahnenwesen in den Zeiten Frauendorfers wie noch mehr in denen des Herrn von Seidlein, haben die mannigfachen Bevorzugungen der Angehörigen des schwarzen bayerischen Eisenbahnerverbandes doch nicht einen ununterbrochenen Mitgliederrückgang in dieser Organisation zu verhindern vermocht. Trotz aller Unannehmlichkeiten, die dem süddeutschen Verbande in den Weg gelegt wurden, machte diese Organisation, nachdem sie zuerst ein wenig zurückgegangen war, wieder nicht unerhebliche Fortschritte. Sollte das so weiter gehen, so müßte die Leitung des Bayerischen Eisenbahnerverbandes, die die intimen Beziehungen zu den Spitzen der Klerisei und der Eisenbahnverwaltung pflegt, damit rechnen, daß sie dank der Unfähigkeit der Leitung ganz

in den Hintergrund gedrängt werde, daß selbst die rückgratlose Süddeutsche Eisenbahnerorganisation immer noch die Eisenbahner mehr anziehen werde wie die klerikale sich auf ihre Protektion so viel zugute tuende Verbindung der Eisenbahner. Es sieht recht traurig um die christliche Gewerkschaftsorganisation, trotz des fördernden Eifers höchster geistlicher wie weltlicher Stellen.

Wer die bayerische Zentrumsparthei zu verfolgen hat, der kann den Zusammenhang zwischen dem Mitgliederrückgang der schwarzen Eisenbahnerorganisation und dem Erlaß des bayerischen Ministeriums nicht in Abrede stellen. Und doch möchten wir glauben, daß hier nicht der einzige Anlaß für diesen die Zentrumsparthei neuerdings bemakelnden Erlaß zu suchen ist.

Eine neue Gefahr erwächst der Zentrumsparthei der bayerischen Eisenbahner durch den Plan der Liberalen, die in Regensburg zusammengekommen waren, um die Gründung einer liberalen Eisenbahnerorganisation zu besprechen. Wir können nicht abschätzen, wie groß die Erfolge dieser Gründung sein können, sicherlich ist sie dem Ministerium Hertling sehr unangenehm, das eben seinem Endziele nahegekommen zu sein vermeint und neue Hemmnisse der Entwicklung seiner schwarzen Eisenbahnerorganisation vor sich sieht.

Es ist wohl mehr als ein zeitliches Zusammenfallen, daß der bayerische Erlaß die Öffentlichkeit fast zur gleichen Stunde beschäftigt, wie die Umfrage der Reichsregierung in Sachen der Jesuiten. Die Inimicität zwischen Reichsfanzler und bayerischem Ministerpräsidenten ist zwar noch nicht alt, aber sehr kräftig. Einen brillanteren Sekundanten in der inneren Politik kann sich der Reichsfanzler gar nicht wünschen wie den Freiherrn von Hertling. Niemand wirkt mehr für die Ausgleichung preussisch-bayerischer Differenzen, wie der frühere Präsident der Zentrumsparthei, der nun statt des trockenen Brotes der Opposition im Reiche wie im Lande an vollbelegter Tafel mit den allerhöchsten Persönlichkeiten speisen darf. War es die Politik der Craissheim und Bodemils, das Wittelsbacher Haus und die Selbständigkeit Bayerns zu sichern, indem man auch in sehr bescheidener Weise, den Wünschen des Volkes entgegenzukommen suchte, indem man auch, natürlich unausgesprochen, den Gegenpart gegen das Preußen des Dreiklassenwahlrechts und des Zentrums pflegte, so sucht das Haupt des bisher partikularistischen bayerischen Zentrums, Regierung und Verwaltung Bayerns allen preussischen Wünschen und Methoden anzubekommen und dafür den Verzicht auf die letzten Ueberbleibsel des Kulturkampfes auszusuchen. So sollen dem Klerikalismus die freiesten Entwicklungsmöglichkeiten und die innigste Verknüpfung mit allen Autoritäten verschafft werden.

Deshalb soll das System Breitenbach übertragen werden auf die bayerischen Staatsbahnen, deshalb zerstört man schamlos das, was vom Koalitionsrechte noch durch die Macht einer Verwaltung zerstört werden kann.

Die bayerische Staatsregierung weiß sich in dieser Politik der Biedererwerbung der Jesuiten, der Durchsetzung der klerikalen Forderungen eins mit ihrer Presse, auch eins mit ihren Arbeitersekretären, deren Parteiaufgabe die Zersplitterung der Arbeiterbewegung bleibt.

Die „Münchener Post“ macht es sehr wahrscheinlich, daß der Prinzregent Ludwig sich beim Erlaß gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband höchstselbst stark betätigt hat. So muß wieder eine der so kostbaren bayerischen Illusionen den Weg aller Illusionen gehen.

Das bayerische Staatsministerium wurde wegen seiner Verletzung des Koalitionsrechts nur von der sozialdemokratischen Presse angegriffen. Aber diese Siege sahen so daß sich die bayerische „Staatszeitung“ in einem dreibeiterten, also hochoffiziösen Artikel gegen unsere Verteidigung des Koalitionsrechts wenden mußte. Freilich, was da vorgebracht wurde, erweist erst recht die Fadenlosigkeit und Gehässigkeit der Gründe. Was der „Bedruf“ in Berlin geschrieben haben soll, der übriacns die Süddeutsche Eisenbahnerorganisation nur wegen des Zukunftsstrebens sehr energisch behandelt hat, soll die Maßregel begründen, dann daß das Verbandsorgan der Eisenbahner in der Frankfurter Verlagsanstalt und Buchdruckerei gedruckt wird, wo auch manche Aktiengesellschaft drucken läßt. Solche Gründe wurden für den Bruch des Koalitionsrechts angeführt. Die Perle der Verteidigungschrift der Ludwig, Hertling, Seidlein u. Comp. ist die Ausführung des — Genossen Legien. Der Verteidigungsartikel der „Bayerischen Staatszeitung“ beginnt mit dem Hinweis auf das Wort Karl Legiens auf dem Mannheimer sozialdemokratischen Parteitag:

„Um das Getriebe der Staatsbahn lahm zu legen, bedürfen wir einer Organisation der Transportarbeiter; wir bedürfen in erster Linie einer Organisation aller Eisenbahner.“

In diesem Sinne sei der Süddeutsche Verband des Eisenbahn- und Postpersonals tätig. Eine einfache Vergleichung mit dem Mannheimer Parteitagprotokoll zeigt nun aber, daß der Schreiber des Staatszeitungsartikels, der sich als eine Kundgebung des Ministeriums gibt, mit dem Bitat eine ganz gewöhnliche Fälschung begangen hat. Wir stellen zum Beweise einfach das Bitat der „Staatszeitung“ mit dem Wortlaut des Protokolls nebeneinander:

„Staatszeitung“: „Um das Getriebe des Staates lahmzulegen, bedürfen wir einer Organisation der Transportarbeiter; wir bedürfen in erster Linie einer Organisation aller Eisenbahner.“	Protokoll: „Um das Getriebe des Staates lahmzulegen, bedürfen wir in erster Linie der Organisation der Transportarbeiter, und diese, insbesondere die Eisenbahner, fehlen uns in der Organisation. Und glaubt man dem wirklich, ... daß nun die Leute sich durch die Idee des politischen Massenstreiks für unsere Bewegung gewinnen lassen. Ich glaube es nicht!“
---	--

Welchen Tanz hätte Herr v. Hertling als Universitätsprofessor einem Studenten gemacht, der nach dieser Methode eine Aristotelesstelle ausgelegt hätte. Der hätte sich wohl nicht lange in seinem Seminar gehalten. Aber seine Staatszeitung darf fälschen, wenn das dem frummen bayerischen Verbands zugute kommen kann. Und dabei ist doch die liebe Mühe umsonst, die Politik der Hertling und Genossen nützt den christlichen Gewerkschaften doch nichts, während sie der Sozialdemokratie mehr fruchtet als Eintrag tut.

Die Sozialdemokratie hat durch die neuerliche Maßregelung des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes keinen Mann und keine Organisation verloren. Sie hat die Schwachen und Schwankenden beim ersten Windstoß von sich abfallen gesehen und sie weint ihnen keine Träne nach. Aber wir haben gerade durch diese Arbeiterpolitik des Zentrums und seiner Regierung weit

mehr gewonnen, als wir verloren haben. Der Gegenpart gegen die staatlichen Autoritäten, die Ueberzeugung, daß wir von ihnen nichts erreichen können, die Notwendigkeit des schroffen Gegenpartes gegen die Landesregierung ist heute mehr denn je Gemeingut der bayerischen Arbeiterschaft geworden. Manche Illusionen, denen sich ein Teil unserer Genossen noch vor Jahr und Tag hingegeben hat, sind zerstört, sie werden immer gründlicher zerstört durch die Taten des Ministeriums Hertling.

Wir glauben, es nützt in letzter Linie mehr der Sozialdemokratie als der eigenen Partei.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Mai 1913.

Verteuerung ist immer gut!

Am Montag beriet das Herrenhaus die Vorlage über die Einführung des elektrischen Betriebes auf der Berliner Stadt- und Ringbahn. Die Fassung des Abgeordnetenhauses — daß also die Wannseebahn nicht mit elektrifiziert wird — wurde einstimmig angenommen. In der Debatte zeigte sich große Einmütigkeit darüber, daß es gut und loblich sei, die „enorm billigen“ Tarife zu verteuern. Offenbar soll es die Liebe zum Landleben erhöhen, daß den Berlinern die Flucht aus dem Steinwald der Großstadt verteuert wird. Aber soweit denkt man nicht. Verteuerung ist eben immer gut und nützlich — nur wenn dem Sorquittener die Steuerbehörde unangenehm wird, dann ist es ein Stalball!

Uebrigens ist es recht eigenartig, daß der Herr Oberbürgermeister von Berlin, Bermuth, kein Wort des Protestes gegen die Fahrpreiserhöhung fand. Auch sonst gefiel sich der Vertreter Berlins in abstrakten „wissenschaftlichen“ Ausführungen, die völlig das vermissen ließ, was man von dem Wortführer Berlins erwarten darf: einen kräftigen Ton über die Zustände, die man so viele Jahre dem Berliner Bahnverkehr auferlegt hat und die die Dreiklassenjunker am liebsten verwirrt haben würden!

Der Rest der Sitzung war der Verabschiedung des Gesetzes über den Ausbau der mittleren Oder gewidmet. Graf Jodisch-Krüsschler beweinete den angehenden Ruin seines Fideikommisses durch das Staubecken von Dittmannsdau — aber um der Gemeinnützigkeit willen opfert er sogar das Fideikommiss. Hoffentlich tut's nicht zu weh!

Mit der Annahme einer Resolution zugunsten einer Schiffahrtsverbesserung für die Strecke Stettin—Ewinemünde schloß die Sitzung, die vielleicht die letzte dieses Landtages war.

Herrn Cassel ins Stammbuch.

Wir lesen im Raifest des „Närners“:
„Die Jahrhundertfeier ist verrauht. Die Feste sind gefeiert. Eine kritische Anmerkung muß nun gestattet sein.“

Die Sozialdemokraten haben sich von ihrem Standpunkt aus in zahlreichen Artikeln und Broschüren mit dem Jahr 1813 befaßt; die Teilnahme an der offiziellen Feier aber haben sie abgesehen, und insofern ist ihnen in vielen Organen alle nationale Ehre, alle nationale Kultur, alles nationale Gefühl abgeprochen worden. Zum Teil in sehr starken Ausdrücken.

Es ist nun gewiß ein sehr ernstes Zeichen unserer inneren Entwicklung, daß wir uns nicht einmal in solchem Jahre einmütig zusammensinden können. Wenn die Schuld für diese Entwicklung aufgebürdet werden muß, kann weder noch soll es an dieser Stelle untersucht werden. Die Begnügen und mit der sorgenschweren Tatsache.

Nachdem wir aber die Tatsache hingenommen haben, fragen wir: „Ist es notwendig, daß unter so beschränkten Umständen die verschiedenen Schichten unseres Volkes mit künstlichen Mitteln noch weiter auseinandergerissen werden? Ist es notwendig, die oben erwähnte, sehr ernste Tatsache noch zu vergiften?“ Vergiftet aber hat man sie, wie eine kurze Betrachtung lehren wird.

Wer sich nicht an irgendwelche Entgeignungen dieses oder jenes Redaktors halten will; wer das politische Bild in seinen Hauptzügen betrachtet, muß einräumen, daß die Sozialdemokraten aus demokratischen Gründen der offiziellen Jahrhundertfeier ferngeblieben sind. Das Jahr 1813 hat auch für den bürgerlichen Historiker ein doppeltes Gesicht, je nachdem man die nationale Erhebung gegen Napoleon oder die innerpolitischen Zustände betrachtet, die nach dem Kriege dem preussischen Volke geboten wurden. Für die Sozialdemokraten sind diese innerpolitischen Zustände entscheidend gewesen. Der nationalen Volkserhebung haben sie, sowohl in Artikeln als in Broschüren, alle Ehre angedeihen lassen.

Wenn die Dinge aber so liegen, kann man ihnen vielleicht demokratischen Radikalismus vormwerfen, niemals aber nationale Würdelosigkeit. Man kann ihren Radikalismus geißeln, wie man nur immer will. Wenn man ihnen aber nationale Empfindungslosigkeit unterstellt, wo sie als Demokraten handeln, fälscht man ihre Motive.

Dadurch aber wird die vorhandene Situation in ganz überflüssiger Weise verschlimmert.“

Die Zähmung der konservativen Presse.

In einem vom „Vorwärts“ vom 28. April veröffentlichten Artikel „Die Disziplinierung der konservativen Presse“ berichteten wir, daß hinter dem Hinauswurf verschiedener Redakteure aus den Redaktionen der „Kreuzzeitung“ und des „Reichshoten“ das Bestreben der konservativen Parteileitung stecke, die konservative Presse derart zu disziplinieren, daß sie den von oben herab ausgegebenen Losungen aufs Wort folge. Zu derselben Meinung kommt jetzt auf Grund Berliner Erfindigungen die klerikale „Köln. Volkszeitung“; nur meint sie, daß nicht der Abgeordnete von Heydebrand der eigentliche Regisseur des an der „Kreuzzeitung“ vorgenommenen Reinigungsverfahrens sei, sondern andere noch „höhere“ Personen die Hand dabei im Spiele hätten.

Sie schreibt:
„Ober ist der wahre Urheber noch höher hinauf zu suchen? Auch davon wird hier und da gemunkelt. Um das zu verstehen, muß man freilich in die Geschichte der konservativen Partei zurücksehen. Die konservative Partei ist immer davor bewahrt worden, eine rein gouvernementale Partei zu werden, weil sie das Glück hatte, eine unabhängige Presse zu besitzen. Wie oft schämte Bismarck in den Kulturkampfjahren und der Gründzeit von Horn über, wenn die „Kreuzzeitung“ sich seinem Willen widersetzte! Es gelang ihm aber nicht, die Selbständigkeit des Blattes zu brechen und es an den Regierungswagen zu spannen. Als im Jahre 1887 das Kartell gegründet wurde, machte die „Kreuzzeitung“ bei den Wahlen zwar mit, nahm dann aber bald wieder die Opposition auf, indem sie sich weigerte, das „Kartell als politisches Prinzip“ anzuerkennen. Der konservative Führer v. Hellendorff (Wedra) war rein gouvernemental, es gelang ihm aber nicht, den Kreuzzeitungsstängel unterzukriegen. ...“

Hat sich das jetzt alles geändert? Die Geschichte mit der „Kreuzzeitung“ war schon halb wieder vergessen, als die Altade auf den „Reichsboten“ erfolgte, durch welche alles wieder aufgerührt wurde.

Jedenfalls ist jetzt erreicht, daß man für den Fall eines politischen Wechsels, einer plötzlichen Schwendung die konervative Presse fest an der Kandare hat. Gezeigt also den Fall, es beliebt der konservativen Parteiführung, nach links abzumarschieren und so etwas wie den „Vollstoblock“ wiederherzustellen, so hätte sie von der früheren alt-konservativen oder christlich-konservativen Richtung in der konservativen Presse keine Schwierigkeiten zu besorgen, denn die gibt es zurzeit nicht mehr. Ueber die Gründe hält man es nicht für nötig, der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen, denn man kann es doch kaum für eine ernsthafte Begründung ansehen, wenn auf die Frage, weshalb an Stelle konservativ-orthodoxer Redakteure Männer angestellt wurden, die in religiöser und politischer Beziehung Mittelparteiler sind, die Auskunft gegeben wird, das sei aus „verwaltungsrechtlichen“ Ursachen geschehen. Allem Anschein nach handelt es sich um Vorbereitungen für Zukunftspläne. Man will eine Presse haben, die erforderlichen Falles nicht durch christlich-konservative „Vorurteile“ davon abgehalten wird, einzuschwenken, wie es gewünscht wird.

Karl Schrader.

In Berlin ist heute der frühere Reichstags- und Landtagsabgeordnete Eisenbahndirektor a. D. Karl Schrader im 79. Lebensjahre an einer schweren Lungenentzündung gestorben. Der sogenannten Liberalismus hat damit den letzten bekannteren Politiker verloren, der noch immer an den alten demokratisch-liberalen Traditionen und Idealen der Jugendzeit festhielt und von dem unter den jüngeren Liberalen Epigonen herrschenden Opportunismus nie etwas wissen wollte: ein Mann der alten liberalen Schule, in seinen Anschauungen, in seiner vornehmen Juridikalität, in seinem ganzen Gebaren.

Am 4. April 1884 in Wolfenbüttel geboren, studierte Schrader zunächst Jura, wurde dann Mitglied der braunschweigischen Eisenbahndirektion und trat darauf im Jahre 1872 in die Direktion der Berlin-Anhaltischen Bahn ein, in der er bis zum Jahre 1888 verblieb. Seitdem widmete er sich ausschließlich der Politik. 1881 zum ersten Male für den 1. braunschweigischen Wahlkreis in den Reichstag gewählt, vertrat er später Danzig, Landsberg-Solbin und zuletzt Dessau-Jerbst. Bei der letzten Wahl kandidierte er nicht mehr. Möglicherweise, daß ihn, der wiederholt durch die wachsende Sozialdemokratie aus der Stühnwahl und damit aus seinen Kreisen verdrängt wurde, eine Wiederwahl in Dessau-Jerbst ausichtslos erschien. Jedenfalls äußerte er als man ihn bewegen wollte, eine Kandidatur auch im Jahre 1912 anzunehmen: „Meine Wiederwahl würde doch nur bald eine Ersatzwahl notwendig machen.“

Schrader gehörte im Reichstage anfangs der liberalen Vereinigung, einem abgesplitterten linken Flügel der Nationalliberalen, an. Er machte die Fusion mit der Fortschrittspartei im Jahre 1884 mit und als die Fortschrittspartei im Jahre 1893 wieder in die Freisinnige Volkspartei und in die Freisinnige Vereinigung zerfiel, blieb er bei der Freisinnigen Vereinigung, bei der er bald eine führende Stellung einnahm. Der „Vollstoblock“ im Jahre 1907, der die Freisinnigen an die Seite der Junker führte, war ihm recht unbecom. Er stand ganz auf dem Boden Theodor Barths, nur daß er nicht, wie Barth, die Konsequenzen aus seiner Beurteilung der Blockpolitik zog, sondern beim Freisinn blieb. Im April 1907 hielt er als Vorsitzender der Freisinnigen Vereinigung auf dem Delegiertentag dieser liberalen Gruppe einen Vortrag, in dem er offen erklärte, es sei keine Aussicht vorhanden, daß durch den „nationalen Block“ der Liberalismus irgend welchen Nutzen haben werde. Durch die Niederlage der Sozialdemokraten habe die linke Seite im Reichstage eine wesentliche Schwächung erfahren und schon deswegen sei für liberale Forderungen wenig Hoffnung vorhanden.

Sie wollen sich ihr Pferdegeschäft nicht verderben lassen.

Kürzlich nagelte der „Vorwärts“ fest, daß die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg ganz offiziell die Landwirte aufforderte, mit ihren Pferdeverkäufen bis zum Herbst zurückzuhalten, in jener Zeit käme das große Geschäft mit dem Militärpferd, der 40000 Pferde brauche. Darob entrüstet sich jetzt das Verbandsorgan der künftigen Agrarier, der „Bund der Landwirte“, eine ganze Spalte lang. Es wehrt sich dagegen, daß wir dem deutschen Kleinbauern — die großen Grundbesitzer werden eines solchen Rates kaum bedürfen — meint der „Bund der Landwirte“ — in das selbstverständliche Geschäft kritisch hineinzufahren. Mit diesem Aufwand von Redereien über die Gefährlichkeit der Pflanzensändler wird die Notwendigkeit dieser Mahnung der Landwirtschaftskammer verteidigt. Zum Schluß heißt es: „In die Millionen erwinne, die sonst in die Taschen der Zwischenhändler fließen würden, können sich der Fiskus und die deutschen Bäcker teilen.“

Unsere landbäuerlichen Junker sind doch wunderbare Patrioten!

Wie Soldaten zum Desertieren gebracht werden. Vor dem Königsberger Kriegsgericht hatten sich zwei Grenadiere wegen Fahnenflucht, Preisgabe von Dienstgegenständen und Diebstahl zu verantworten. Sie gaben an, eines Sonntags wären sie bei der Preisgabe als schuldig befunden und nach der Stunde geschickt worden, um sich zu reinigen. Ein Unteroffizier wäre ihnen nachgegangen, hätte ihnen den Befehl gegeben, sich nach dem Ausgang zu ziehen und ihre Kameraden mit den Worten: „Kiekt euch mal die Schwämme an“ hergerufen. Der Unteroffizier hätte dann beföhlen, sie mit Bürsten und Seife abzuwaschen! Der Bigeldiebstahl wäre aber schließlich gekommen und hätte die Prozedur verboten.

Diese ihnen angetane schwere Kränkung, sowie die fortgesetzte schlechte Behandlung haben sie zur Flucht veranlaßt. Das Gericht erkannte auf Freisprechung von der Anklage des Diebstahls. Es verurteilte die Angeklagten nur wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe und wegen Preisgabe von Dienstgegenständen und erkannte auf je drei Wochen Mittelarrest.

Die Suffragetten vor Gericht.

London, 5. Mai. Vor dem Polizeigericht fand heute die Verhandlung gegen die der Verschwörung angeklagten Suffragetten und zwei Helfershelfer männlichen Geschlechts statt. Der Staatsanwalt machte neue erstaunliche Enthüllungen. Er erklärte, die Polizei habe in der Wohnung des einen Angeklagten den Brief eines gewissen Pudner aus Hamburg gefunden, der die Skizzierung eines Planes zu enthalten schiene, in den Theatern, Varietés und Konzertsälen Sprengpulver auszustreuen. Ein zweiter Brief bezieht sich auf einen Anschlag gegen eine Schiffswerft, wobei ein Schaden von 2000 Pfund angerichtet werden sollte. Zur Ausführung dieses Verbrechens sollten Männer verwendet werden. Der Staatsanwalt teilte mit, daß die öffentliche Anklagebehörde Erwägungen über die rechtliche Stellung der Personen anstelle, welche Beiträge zum Suffragettenfonds gesammelt hätten und deren Schecks mit Beschlag belegt seien. Vier minderjährige Angeklagte wurden gegen Bürgschaft freigelassen.

Frankreich.

Die Zurückbehaltung der Reservisten.

Paris, 5. Mai. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß ein Regierungstreuer Deputierter in einer der nächsten Kammer-Sitzungen den Ministerpräsidenten über die gestern in Caen angeländigte Zurückbehaltung der am 1. Oktober freiwerdenden Jahresklasse interpellieren werde. Dem Ministerpräsidenten werde hierdurch Gelegenheit geboten werden, sich über diese Frage eingehend zu äußern, um von der Kammer ein unzweideutiges Votum zu erlangen. In Regierungskreisen ist man überzeugt, daß die überwiegende Mehrheit der Kammer dieser geplanten Maßnahme ihre Zustimmung erteilen werde. Die Deputierten, die sodann mit ihren Wählern in Verbindung getreten seien, hätten die Erkenntnis erlangt, daß die Bevölkerung von der Notwendigkeit des ihr auferlegten Opfers durchaus durchdrungen sei. (?) Die Beratung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit selbst dürfte kaum vor dem 20. Mai beginnen.

Portugal.

Deportation der Verhafteten.

Lissabon, 5. Mai. Etwa hundert Offiziere, Unteroffiziere und Zivilisten, die als schuldig an den Ereignissen des Sonntags festgenommen worden waren, sind auf dem als Hilfskreuzer verwendeten Paketboot „Cabo Verde“ nach Angola (Koren) eingeschifft worden, wo sie abgeurteilt werden sollen. Andere, deren Schuld noch nicht feststeht, bleiben in Lissabon, wo sie entweder freigelassen oder in der Festung gefangen gesetzt werden sollen.

England.

Das Frauenstimmrecht.

London, 5. Mai. Unterhaus. Gemäß ihrem Versprechen, das die Regierung bei der Zurückziehung der Wahlrechtsvorlage in der letzten Session gegeben hatte, bot die Regierung heute Gelegenheit zur Erörterung des Gesetzesentwurfs betreffend das Frauenstimmrecht. Eine zweite Lesung der Vorlage wurde von einem Liberalen beantragt und von einem Unionisten unterstützt, während ihre Zurückweisung von einem Unionisten vorgeschlagen und von einem Liberalen unterstützt wurde. Man erwartet, daß Premierminister Asquith gegen den Gesetzesentwurf und Staatssekretär Grey für ihn sprechen wird. Die Abstimmung, deren Ergebnis mit Spannung entgegengesehen wird, wird morgen abend vorgenommen werden.

Rußland.

Die „Nowoje Wremja“ als käuflich entlarvt.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Skandalöse Enthüllungen werden in den letzten Tagen in der russischen Presse über die „Nowoje Wremja“ veröffentlicht. Ueber die demoralisierende Wirkung dieser einflussreichen Zeitung war man in den gebildeten Kreisen Rußlands von jeher sich einig. Was man aber jetzt erfährt, gehört schon in ein anderes Gebiet und beleuchtet die Bestimmungen des Redaktionsstatutes der „Nowoje Wremja“ derart, daß niemand mehr an die Uneigennützigkeit seiner „kämpfenden“ Mitarbeiter glauben wird. Aus den eigenen Reihen kommt die schwere Anklage. Ein ehemaliger langjähriger Publizist der „Nowoje Wremja“, S. S. S. mit Namen, plaudert solche Einzelheiten aus, daß das im nationalpolitischen Jahresschriftschwimmende Gekörge hilflos dasteht. Man erfährt daraus, daß die „Nowoje Wremja“ für die Privatfirma Westinghaus die stärkste Propaganda gemacht und für sie ständige Aufträge zu erwirken gesucht hat, um dann als Entgelt dafür von der Firma die Anstellung mehrerer naher Verwandter zu erzielen. Die Vermittlung bei den Anstellungen hatte laut seinem eigenen Bekenntnis der genannte Snesarew selbst, der gleichzeitig im Westinghaus diente und für die „Nowoje Wremja“ Brandartikel gegen Finnland und — für Westinghaus schrieb.

Aus den Enthüllungen von Snesarew erfährt man des Weiteren, daß die hervorragendsten Redakteure der „Nowoje Wremja“ ihren publizistischen Einfluss ausgenutzt haben, um durch Erlangung von Konzessionen immense Geldsummen zu verdienen. So hat der Redakteur M. Suworin dank seiner Position in der „Nowoje Wremja“ vom Ministerium für Staatsdomänen im Jahre 1910 eine Kapitalkonzession erlangt und dieselbe an Nobel für 30000 Rubel verkauft. A. Stolypin, der Bruder des verstorbenen Premiers, hat seinerseits die Befähigung einer Bank erlangt, die sich bis zu seinem Eingreifen vergeblich darum bemüht hatte; unmittelbar darauf erhielt er in derselben Bank einen hohen Verwaltungsposten.

So zählt der Herr Snesarew das Sündenregister der „Nowoje Wremja“-Männer nacheinander auf. Und er muß es ja wissen, da er noch bis vor kurzem nicht nur in der Redaktion, sondern in der geschäftlichen Leitung (im Ausdruß) des Blattes eine maßgebende Stellung innegehabt hat. Wegen persönlicher Differenzen aus der „Nowoje Wremja“ zurückgedrängt, nimmt er jetzt Rache. Gewiß kein vornehmer Charakter! Allein, was er der Öffentlichkeit übermitteln will, sind Tatsachen, Tatsachen, deren Kenntnis auch für die nicht-russische Welt von Bedeutung ist. Will doch noch immer in den Augen vieler unzulänglich informierter Europäer die „Nowoje Wremja“ als der Ausdruck Rußlands, Möge man also davon Kenntnis nehmen, welcher Art dieses heberische Organ ist!

Haiti.

Wahlunruhen.

Port au Prince, 5. Mai. Infolge der Wahl des Senators Michel Dreffe zum Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Landre Auguste kam es in den Straßen der Stadt während der Vereidigung des verstorbenen Präsidenten zu einer Schießerei. In der Kirche entstand hierdurch eine Panik. Viele Leute wurden verwundet. Es gelang zwar den Truppen, die Ordnung wieder herzustellen, aber das Schießen begann später von neuem.

Präsident Dreffe hat unverzüglich energische Maßnahmen ergriffen, um Unruhen zu unterdrücken. Er erklärte, daß er die Ruhe mit allem Nachdruck aufrecht erhalten werde. Der Gouverneur der Stadt, der während der Präsidentenwahl das Parlamentengebäude angegriffen hatte, aber zurückgeschlagen worden war, hat die Flucht ergriffen.

Mit Rücksicht auf die Lage in Port au Prince hat S. M. Kreuzer „Wremja“ Befehl erhalten, sich dorthin zu begeben.

Aus der Partei.

Respekt vor dem serbischen Proletariat.

Eine überaus wirkungsvolle Demonstration veranstalteten am 1. Mai die Genossen in Belgrad. Trotzdem fast die ganze männliche Bevölkerung Serbiens im Alter von 18 bis 55 Jahren sich unter den Waffen in fremdem Land befindet, hatte der Parteivorstand der serbischen Sozialdemokratie beschloffen, wie alljährlich den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Der Verlauf der Demonstration strafe die Pessimisten, die da glaubten, daß unter dem Kriegsdruck die Feiler Pflaße machen würde, lägen. Von 6 Uhr an sammelten sich die Demonstranten auf einem Plage und um 8 Uhr setzte sich

ein Zug von 7000 Personen in Bewegung. Durch die Straßen Belgrads donnerten die Rufe: „Es lebe der Frieden! Es lebe die Föderation der Balkanrepubliken! Es lebe die internationale Sozialdemokratie!“ In musterhafter Ordnung bewegte sich der Zug durch die Straßen, ein wirkungsvoller Protest gegen den menschenverderblichen Krieg. Das bürgerliche Belgrad war froppiert. Es sah mit langem Staunen die langen Kolonnen der Demonstranten vorbeiziehen. Das böse Gewissen hatte die Herrschenden dazu getrieben, die Straßen um das Parlament durch Gendarmerie und Militär zu besetzen. Rußig und würdevoll zog der Zug neben den ausgestreckten Gewehren der Militärmacht vorbei. In den Versammlungen, die während der Demonstration arrangiert wurden, verlangten die Redner die sofortige Beendigung des Balkankrieges, Schließung des Friedens und die Föderativrepublik der Balkanstaaten. So wurde der 1. Mai zu einem glänzenden Triumph der serbischen Genossen, ein Triumph für die gesamte Internationale.

Die ungarische an die russische Sozialdemokratie.

Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei in Ungarn hat die Zuschrift der sozialdemokratischen Dumafraktion folgendermaßen beantwortet:

Werte Genossen!

Der Parteivorstand der ungarischen Sozialdemokratie entbietet seinen brüderlichen Gruß den sozialdemokratischen Abgeordneten der Reichsduma und dem russischen Proletariat, welches inmitten chauvinistischen Ansturms und dem Wüten des Absolutismus zu Trotz die Fahne der internationalen Solidarität und der Volksfreiheit hochhält.

In der schweren Stunde, in welcher wir mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß die Intrigen unschiger Diplomaten, die Deutegier kapitalistischer und militaristischer Eliten vor der Entfesselung eines Weltkrieges nicht zurücktreten: ist es uns ein Bedürfnis, Ihnen sagen zu können, daß die Bevölkerung Ungarns dem russischen Volke gegenüber nur die Wünsche der Brüderlichkeit hegt und daß sie mit allen ihren Kräften gegen einen Krieg protestiert, der nicht ein Krieg der Völker, sondern einer der Dynastien, der Kapitalisten und Bürokraten wäre.

Das Volk Ungarns ist sich dessen klar bewußt, daß die Hindernisse seiner Entwicklung nicht in fremden Ländern, sondern hierzulande zu suchen sind. Es ist überzeugt, daß die Arbeiterklasse ihre wahren Interessen nicht durch einen Krieg, sondern nur durch die Föhrung eines ununterbrochenen Klassenkampfes fördern kann. Die Arbeiter Ungarns haben es gelernt, die Unterdrückten und Ausgebeuteten aller Nationen und aller Sprachen als ihre Brüder, die Ausbeuter und Unterdrücker auch der eigenen Nation als ihre geschworenen Feinde zu betrachten.

Keine Regierung, keine herrschende Klasse hat das Recht, die Rolle des Beschümers der Freiheit eines fremden Volkes sich anzueignen, am wenigsten dann, wenn die elementarsten Forderungen der Demokratie und der Freiheit in dem eigenen Lande mit Füßen getreten werden. Wir ersuchen aus Ihrer Zuschrift, daß Sie hinter der Maske der Begeisterung für die Freiheit der Balkanvölker die echte Frage des russischen Sozialismus wohl sehen. Wir versichern Sie, daß es auch in Ungarn außerhalb eines engen Kreises der Herrschenden keinen einzigen Menschen gibt, der der österreichisch-ungarischen Monarchie die Berechtigung zuspricht, als Anwalt der nationalen Autonomie und Freiheit eines Volkes, nämlich der Albanen, aufzutreten. Und es gibt auch keinen, der es glauben würde, daß die Prinzipien der nationalen Freiheit und nicht die Förderung der dynastischen, agrarischen und klerikalen Interessen die österreichisch-ungarische Diplomatie auf einen Weg drängten, der zur Gefährdung des Weltfriedens führen mußte.

Wiß die Regierung Ungarns für die nationale Befreiung wirken, so muß sie sich nicht nach Albanien bemühen: die nationale Unterdrückung zehn Millionen Staatsbürger nichtmagyarischer Nation würde dem nationalen Befreiungsdrange — wenn er nur echt wäre — einen weiten Betätigungsraum bieten. Wiß sie für die Freiheit wirken, so muß sie auch nicht nach Albanien: sie findet im eigenen Lande Millionen industrieller und landwirtschaftlicher Proletariat, die die Fesseln der politischen Rechtslosigkeit und des wirtschaftlichen Elends nur großend tragen. Die Ereignisse des letzten Jahres veranlassen nicht nur den ungarischen Scheinkonstitutionalismus der letzten Freigenblätter, sondern haben auch die letzten Fäden der Zusammengehörigkeit zwischen dem Proletariat und den herrschenden Klassen gerissen. Nur durch die ständige Aufbietung der bewaffneten Macht, durch den offenen Absolutismus in den von den Südländern bewohnten Ländern, durch den verkappten in dem engeren Ungarn kann sich die Regierung und die herrschende Clique einem schrecklichen Volksgericht entziehen. Die Regierung eines solchen Landes hat nicht nur nicht das Recht, sondern wie wir hoffen wollen, auch nicht den Mut einen Krieg zu provozieren, dessen Ende unabsehbar. Wir bieten alles auf, was in unserer Macht steht, um durch die Kriegsbereitschaft der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Kriegslust der Herrschenden zu bekämpfen. Und unsere Arbeit ist nicht ganz erfolglos. Wir ersuchen Sie, dem russischen Proletariat und auch der ganzen russischen öffentlichen Meinung bekanntzugeben, daß in der territorial größeren Hälfte der österreichisch-ungarischen Monarchie: in Ungarn nicht nur die sozialdemokratische Partei, sondern die ganze Bevölkerung den Krieg mit Rußland oder mit einem der Balkanländer mit allen Kräften bekämpft. In unserem Kampfe gegen die Kriegshäher leistet uns Ihre Zuschrift die besten Dienste, denn mit Ihren Argumenten können wir die in der offiziellen Presse verbreitete Legende über die Kriegslust der ganzen russischen Gesellschaft wirksam widerlegen.

Mit brüderlichem Gruße

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Ungarns.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Gefesselt entlassen.

In die preußische Freiheit zurückgekehrt ist Genosse Schröder, Redakteur der Danziger „Volkswacht“, der mit einer geringfügigen Unterbrechung seit dem 12. August vorigen Jahres das gottfreundliche Wort der Frau Demis genoss. Die Behandlung Schröders im Gefängnis war, von der ersten Zeit abgesehen, verhältnismäßig milde. Doch mußte unser Genosse von den acht Monaten seiner Strafe fünf in einer kleinen dunklen Zelle verbringen. Auch daß Schröder das Abonnement einer Zeitung erst nach Verbüßung von 50 Straftagen gestattet wurde, ist befreudlich. Am 15. Mai übernimmt wieder die Regierung des Danziger Parteiblattes.

Die Justiz gegen unsere Presse.

Die neueste Opferliste zeigt einen erheblichen Verlust an. Es sind im Monat April nicht weniger als 32 Urteile gegen Redakteure der Arbeiterpresse beziehungsweise Beteiligten gefällt worden. Im ersten Vierteljahr 1913 kamen 45 Prozeßfälle bei den Gerichten zum Austrag. Das Ergebnis für die Justiz war bei den 45 Prozessen, daß 3095 Mark Geld- und 14 Monate Gefängnisstrafe herauskamen, jetzt sind bei den 32 Prozessen in einem Monat, worunter drei Freisprechungen, die Genossen insgesamt mit 4290 Mark Geld- und 18 Monaten und 3 Wochen Gefängnisstrafe bestraft worden. Somit in vier Monaten 8285 Mark Geld-, 2 Jahre 6 Monate 3 Wochen Gefängnisstrafe.

Gewerkschaftliches.

Das Wachstum der britischen Gewerkschaften.

London, 3. Mai. (Fig. Ber.)

Der letzte Regierungsbericht über die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien, der soeben erschienen ist, bildet ein interessantes Dokument, da er sich mit dem für die englische Arbeitererschaft so bedeutungsvollen Jahre 1911 befaßt. Es war das Jahr der großen Transportarbeiterstreiks, deren wichtigste Nachwirkung das Anschwellen der Gewerkschaftsbewegung war. Im Jahre 1911 hatten die registrierten Gewerkschaften 2 378 957 Mitglieder, 260 000 mehr als vor zehn Jahren. Nur etwa die Hälfte aller bestehenden Gewerkschaften sind registriert, aber die registrierten Organisationen haben 80 Proz. der Mitglieder. Die Entwicklung der registrierten Gewerkschaften veranschaulicht folgende Tabelle:

Jahr	Zahl der Gewerkschaften	Mitglieder
1902	257	1 604 812
1903	742	1 575 375
1904	739	1 544 461
1905	685	1 567 519
1906	674	1 719 081
1907	677	1 937 500
1908	662	1 971 238
1909	666	1 957 904
1910	669	2 017 656
1911	608	2 378 957

Die Ziffern in dem letzten Jahre (1911) enthalten Abzüge verschiedener Art (im ganzen 168 100 Mitglieder), die in den vorhergehenden Jahren nicht gemacht wurden, so daß also das Anwachsen der Mitgliederzahl in dem Sturz- und Drangjahr in Wirklichkeit weit größer war als oben angegeben ist. Allein 12 große Gewerkschaften gewannen 274 760 neue Mitglieder. Zehn dieser Gewerkschaften sind Organisationen der Transportarbeiter und der ungelerten Arbeiter (General Labourers). Unter diesen 12 Gewerkschaften befindet sich nicht der Verband der Seeleute und Matrosen, der im Jahre 1911 um beinahe 50 000 Mitglieder wuchs. 12 der registrierten Gewerkschaften hatten im Jahre 1911 mehr als 50 000 Mitglieder. Die größte war der Verband der Bergarbeiter mit 132 014 Mitgliedern. (Zwischen haben sich drei Eisenbahnorganisationen zu einem Gesamtverband zusammengeschlossen, der heute beinahe 200 000 Mitglieder umfaßt und die größte englische Gewerkschaft sein wird.)

Das Einkommen der Gewerkschaften betrug im Jahre 1911 3 679 588 Pfund. Das macht 1 Pfund 7½ Schilling auf das Mitglied. An Unterstützungen wurden pro Mitglied durchschnittlich 19 Schilling bezahlt. Bei den Buchdruckern, die in dem Jahre in London einen langen Kampf führten, waren die Beiträge besonders hoch, sie beliefen sich auf vier Pfund pro Mitglied. Das Vermögen der Gewerkschaften betrug 6 326 712 Pfund und war um 454 872 Pfund höher als im Jahre 1910. Die reichsten Verufe waren:

Bergarbeiter	1 855 231 Pfund
Metallarbeiter, Schiffbauer usw.	1 687 190
Textilarbeiter	833 053
Transportarbeiter	814 193

Ueber die Anlage der Gewerkschaftsgelder wird angegeben, daß zwei Drittel entweder in Bargeld oder Bankdepositen vorhanden waren, während ein Drittel in Staats- oder Gemeindepapieren angelegt war.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Delegiertenwahl für die Generalversammlung in Breslau wurden am Sonntag insgesamt 10 713 Stimmen abgegeben. Davon waren 10 230 gültig.

Gewählt wurden folgende Kollegen: Vahls, Bauer, Gothe, Bredow, Deibrich, Deignonez, Dewig, Erler, Franke, Frieß, Frihe, Fuchs, Gerede, Gierth, Göpff, Grabow, Gräber, Grail, Großkopf, Habad, Hirsch, Jömer, Jern, Kampfert, Kahner, Koch, C., Köhler, Kraus, Künzel, Laule, Liejad, Müller, G., Müller, A., Reilner, Rieswand, Pannike, Pappe, Madde, Richter, Samereier, Schrabed, Strider, Thiele, Vogeler.

Bei der Wahl der Revisoren wurden die Kollegen Dräger und Gries wiedergewählt. Die Dreißerverwaltung.

Zur Tarifbewegung im Baugewerbe Groß-Berlins.

In Ergänzung unserer Notiz vom Sonntag, den 4. Mai, können wir mitteilen, daß auch die Maurer, Hilfsarbeiter und die Sektoren der Betonbranche dem von Herrn Magistratsrat v. Schulz gemachten Vorschlag zugestimmt haben. Der Abstimmung gingen drei große Versammlungen voraus, in welchen über die neuerdings vor sich gegangenen Verhandlungen Bericht erstattet wurde.

Die Revisoren empfahlen — hierbei dem Willen des Verbandskörpers folgend — die Annahme des Vorschlages.

In der Diskussion wandten sich mehrere Redner gegen das Angebot, da es nur in unvollkommenem Maße den Forderungen entgegenkommt. Sollte es dennoch angenommen werden, dann heißt es die Leihen schließen, um bei den nächsten Verhandlungen, welche voraussichtlich in eine Periode günstigerer Konjunktur fallen werden, das zu erstreben, was jetzt vorenthalten worden ist.

Der Verband der Baugeschäfte wird heute Dienstag, 6. Mai, zu der Frage Stellung nehmen.

Die Tarifbewegung der Mühlenarbeiter.

Die Mühlenarbeiter nahmen am Sonntag die Antwort des Arbeitgeberverbandes auf die Eingabe der Arbeiterorganisation entgegen. In einem Schreiben an den Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter teilte der Unternehmerverband der Mühlenindustrie im Auftrage der ihm angeschlossenen Mühlen mit, daß diese in allen Fragen, welche das Arbeitsverhältnis betreffen, nach wie vor nur mit ihren eigenen Arbeitern zu verhandeln wünschen.

In der Diskussion äußerten alle Redner ihre Entrüstung über diese Antwort. Es wurde erklärt, daß dieses Verhalten weiter nichts als eine Verschleppungsstaktik darstelle. Man habe lange genug gewartet, jetzt heißt es handeln. Die meisten Redner verlangten, daß am Montag morgen die Arbeit niedergelegt werden müsse, die Unternehmer hätten lange genug Zeit gehabt, eine Entscheidung zu treffen. Bei den jetzt gezahlten Löhnen könne kein Arbeiter seine Familie ernähren, das habe ein Unternehmer selbst zugegeben.

Zuletzt erteilte die Versammlung der Verbandsleitung den Auftrag, den Arbeitgebern mitzuteilen, daß die Arbeiter es ablehnen, Verhandlungen mit den Unternehmern zu pflegen, diese Aufgabe vielmehr ihrer Verbandsleitung übertragen.

Die Glasarbeiter und -arbeiterinnen bei der Firma Isola, Schleißer Str. 28, sind nunmehr zur Abwehr der Maßregelung von 6 Kollegen in den Streik getreten. Obwohl der Versuch gemacht wurde, Verhandlungen herbeizuführen, stellte sich die Firma auf einen ablehnenden Standpunkt. Wir erwarten nunmehr, daß alle Kollegen und Kolleginnen strengste Solidarität üben und bei der Firma keine Arbeit annehmen. Auch die ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen werden ersucht, dort keine Arbeit anzunehmen, denn die Firma wird den Versuch machen, sich durch Heranziehung von solchen über Wasser zu halten. Doch die Solidarität. Die Dreißerverwaltung. J. A.: A. Schröder.

Deutsche Reich.

Neue Differenzen in der Binnenschifffahrt.

Die Schiffsahrtsgesellschaften haben den antretenden Mannschaften Verträge vorgelegt, nach denen zwar eine Lohnerhöhung von 5 M. pro Monat bewilligt wird, doch soll sie erst bei guter Führung am Jahreschluss zur Auszahlung gelangen. Das Personal weigert sich, die Verträge anzunehmen, so daß die Wiederaufnahme der Arbeit nicht gleichmäßig vor sich geht. Eine Reihe von Firmen hat die Arbeitswilligen sofort entlassen und ihr altes Personal zu den neuen Bedingungen eingestellt.

Weichen Umfang die neuen Differenzen annehmen werden, läßt sich noch nicht genau feststellen, immerhin ist es nicht ausgeschlossen, daß noch einige Tausend Dedleute weiter im Auslande verharren.

Die in den hannoverschen Brotfabriken beschäftigten Bäcker stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern eine tägliche 11stündige Arbeitszeit bei einem Wochenlohn von 28 Mark, die Anerkennung des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises, eine anderweitige Regelung der Bezahlung der Leberstunden und Gewährung von Ferien. An der Bewegung sind beteiligt 121 beschäftigte Personen. Durch Verhandlungen war es möglich, in neun Betrieben mit 68 Beschäftigten diese Forderungen durch Abschluß eines Tarifvertrages zur Anerkennung zu bringen. Eine am 2. Mai stattgefundene Versammlung beschloß dann, in allen Betrieben, in denen die Forderungen bisher noch nicht anerkannt wurden, die Arbeit niederzulegen. Diesem Beschluß kamen 35 der Beschäftigten sofort nach, 68 konnten zu den neuen Bedingungen in Arbeit bleiben und 18 Personen blieben stehen als Arbeitswillige. Von den Streikenden konnten mehrere bei den tarifstreuen Firmen insofern Wehraufträge wieder in Stellung gehen. Das Gewerkschafts-komitee zu Hannover beschloß, über die nichtbewilligenden Firmen den Boykott zu verhängen.

Streik in der Buchbinderei und Kartonnagenfabrik von Buch u. Töle in Arnstadt.

Weil die Gehilfen nicht mehr mit Hungerlöhnen bis herab zu 16 M. wöchentlich und die Arbeiterinnen mit 4,50 M. zufrieden sein wollten, streikten dreißig Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Firma. Der Unternehmer erklärte, nicht mehr zahlen zu können und behauptete, es seien ihm von anderen Arnstädter Fabrikanten schon Vorwürfe gemacht worden wegen der von ihm bezahlten „hohen Löhne“. Dabei sind fast in allen Arnstädter Betrieben und Industrien die Löhne dank der kräftig aufblühenden Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren wesentlich gestiegen und über-treffen die bei Buch u. Töle gezahlten erheblich. Zu der „hohen“ Entlohnung kommt bei Buch u. Töle noch die Behandlung des Personals durch den einen Chef und die Werkführer, die geradezu unerhört genannt werden muß. — Eine merkwürdige Rolle spielen bei diesem Streik die Gutenberghändler der Firma und ihr würdiger Faktor und Bundesgenosse Albrecht. Letzteren sah man am Montag, den 28. April, mit dem Obergesellen, dem Streikbrecherleferanten aus der Fabrik kommen, aliovo der Plan der Lieferung von Streikbrechern geschmiedet worden war. Ein Gutenberghändler bezeichnete die Buchbinder als Lumpen. Die Druckerlehrlinge mußten auf Anweisung des Bundesagitatoren Albrecht Streikarbeit in der Buchbinderei bezogen. Der Kartonnageabteilung verrichteten. Und dabei gebeten sich die Gutenberghändler bei jeder sonstigen Gelegenheit als die Beschützer der Tarifgemeinschaften. Hier unterstützen sie aber eine Firma, die grundsätzlich den Buchbindern, Kartonnagearbeitern und Holzarbeitern — letztere streikten deswegen auch — einen Tarifvertrag verweigern.

Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

Aus dem ober-schlesischen Streikgebiet schreibt uns unser Korrespondent: Je länger der Streik dauert, um so größer wird die Zahl der Ausständigen. Heute haben wiederum 3 000 Bergarbeiter die Arbeit niedergelegt. In Anurów sind 417 Mann der Belegschaft nicht eingefahren. Sie standen heute morgen 500 Meter vom Dorfe entfernt auf der Sandstraße, als Gendarmen ankamen und die Leute mit der blanken Waffe auseinandertrieben. Einer erhielt einen Hieb an den Kopf, und einem andern wurde das Kniegelenk zertrümmert. Darauf wurden die Arbeiter vier Kilometer weit nach Schomold getrieben.

Von den 120 000 Bergleuten des ober-schlesischen Reviers ist anzunehmen, daß mindestens 75 Proz. streikten. Das stimmt auch mit den Angaben über den Rückgang des Kohlenverkaufsgeschäftes überein. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schrieb am 1. Mai: „Die Verkaufsziffern sind etwa auf ein Drittel zurückgegangen.“ Ferner bemerkte das Unternehmerblatt: „Bei Ausbruch des Streiks glaubte man allgemein, daß er sich nur auf wenige Tage beschränken würde, worin man sich indes getäuscht hat, da in der abgelassenen (also der ersten) Woche auf fast allen Gruben ein stetig steigender Prozentsatz von Bergleuten der Arbeit fernblieb, der am Schluß der Woche den Höchstbestand erreicht haben dürfte. Es fehlten an mehreren Tagen durchschnittlich 50 Proz. der Belegschaft und darüber.“

Wie die königliche Bergwerksdirektion Jaberze mitteilt, betrug die Zahl der Ausständigen auf den hiesigen Werken: auf Königsgrube 833 = 14 Proz. der Belegschaft, auf Königin-Luise-Grube 3455 = 49 Proz., auf der Berginspektion Bielschowitz 2855 = 61 Proz., auf Anurów 417 = 20 Proz. der Belegschaft. Auf den anderen Gruben fehlten heute früh: Concordiagrube 358, Hedwigs-wunschgrube 1378, Ludwigsgladgrube 475, Castellengrube 1234, Brandenburggrube 1465, Kraus-Franz-Grube 153, Abwehrgrube 550, Wolfganggrube 883. Auf der Wolfganggrube hat die Zahl der Streikenden nachgelassen. Auf dieser Grube werden mit die niedrigsten Löhne gezahlt. Der Schichtlohn betrug: für die Dauer 4,08 M., für die sonst unter Tage Beschäftigten 4,12 M., für die über Tage Beschäftigten 3,23 M., für die jugendlichen Arbeiter 0,90 M., für die Arbeiterinnen 1,28 M., bei zwölfstündiger Arbeitszeit. — Wenn man bedenkt, daß die Wagenfüller täglich 30 Wagen füllen müssen — jeder mit 18 Zentner Kohle — für einen Schichtlohn von 3—4 M. in der bräudenden Hitze eines Bergwerks, dann wird jeder den Bergarbeitern bei ihrem Streik einen Erfolg wünschen. Wenn jugendliche Arbeiter für 90 Pfennig Schichtlohn die 20 Zentner schweren Wagen mitunter sehr steile Wege hinaufschieben, so ist das eine wahre Sklavenarbeit.

Weil die ober-schlesischen Arbeiter bisher jeder Organisation ferngeblieben sind, zwingt einige der Hunger, wieder in die Grube zu gehen, um einige Pfennige zu verdienen. Doch die Mehrzahl hält aus, und wäre es auch ohne Unterstützung. Die Klasse der polnischen Berufsorganisation sieht nicht gerade sehr günstig, und das ist die Hoffnung der Unternehmer. Doch hat die polnische Vereinigung beschloffen, am 6. Mai die erste Unterstützung auszusagen. Der Bergarbeiterverband zahlt die Unterstützung am 6. Mai aus. Auf den Eisenwerken und Zinkhütten ist nur noch wenig Kohle; halten es die Arbeiter noch einige Wochen aus, dann müssen die Unternehmer nachgeben. Bis jetzt denkt die Mehrzahl der Streikenden gar nicht daran, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne Erfolgserwartungen zu haben. Unverhätlich ist es, daß die Regierung und die Kommunen dem Kampfe zusehen, ohne vermittelnd einzugreifen.

Harte Gerichtsurteile gegen Streikende.

Die Gerichtspraxis, daß während eines Streiks die harmlosesten Bemerkungen gegenüber Arbeitswilligen als Bedrohungen angesehen und dementsprechend hart bestraft werden, kommt jetzt wieder im Krefelder Kärberstreik zu unheimlichen Ehren. Es sollen bereits eine

ganze Anzahl Klagen erhoben worden sein. Einige kamen schon zur Aburteilung, wobei sich auch hier wieder zeigte, daß die Götter Justitia zur Zeit des Streiks hitziger Auffassungen über solche Verbrechen hat, als bei früherer Ueberlegung in späterer Zeit, nach Beendigung des Streiks. Als Beweis dafür folgende zwei Fälle. Als ein Arbeitswilliger aus einer bestreikten Kärberlei in Krefeld kam, wurde er von dem Streikposten stehenden Kärber Heinrich E. angeprochen und gefragt, ob er die Arbeit wieder aufnehmen wolle. Als der Arbeitswillige die Frage der Wahrheit entgegen verneinte, hatte E. geäußert: „Das wolle er auch nicht hoffen“. Hierin erblickte das Schöffengericht in der Verhandlung am 3. Mai die „Bedrohung eines Arbeitswilligen“ auf Grund des § 158 der Gewerbeordnung und verurteilte E. zu einer Woche Gefängnis. — Dasselbe Gericht hatte in voriger Woche einen streikenden Kärber, der zu einem Arbeitswilligen sagte, daß er es wohl noch bereuen werde, wenn er seinen Kollegen in den Rücken falle, sogar zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Gegen beide Urteile wird Berufung eingelegt.

Ausland.

Der Achtstundentag der italienischen Marmorarbeiter!

Rom, den 3. Mai. (Fig. Ber.)

Nach mehrwöchentlichem Streik haben die Arbeiter der Marmorwerkstätten von Carrara die Arbeit wieder aufgenommen und zwar nach der Erhebung des Achtstundentages! Sowohl die Taktik des Streiks als die Schlußabmachung mit den Unternehmern dürfte von internationalem Interesse sein. Ursprünglich erstreckte sich der Streik um den Achtstundentag auf die drei größten Marmorzentren Italiens, nämlich auf Carrara, Massa und die Region Versilia. In Massa und Versilia sind aber die Marmorarbeiter wenig organisiert und auch wenig im wirtschaftlichen Kampfe erfahren, während von denen von Carrara das gerade Gegenteil gilt. Es wurde daher, um eine Schädigung der ganzen Bewegung zu verhüten, von der Arbeiterkammer von Carrara das Abkommen getroffen, daß sich die Marmorunternehmer (es handelt sich um die Werkstätten und Sägereien, nicht um die Arbeiter der Steinbrüche) von Versilia und Massa verpflichteten, die Bedingungen anzunehmen, unter denen feinerzeit der Streik in Carrara beigelegt werden würde; für diese Zugeständnisse nahmen die Arbeiter von Versilia und Massa die Arbeit wieder auf, was den Vorteil hatte, daß die Unternehmer von Carrara durch die Konkurrenz der beiden anderen Zentren empfindlich geschädigt wurden, während die Arbeiter dieser Zentren durch Fortdauer ihres Verdienstes in der Lage waren, den Kollegen von Carrara finanziell beizustehen. Jetzt haben nun die Industriellen von Carrara unter den folgenden Bedingungen nachgegeben: Die Arbeiterkammer von Carrara verpflichtet sich, den Achtstundentag auch von den Unternehmern von Versilia und Massa zu erzwingen; falls diese sich weigern, wird in ihren Betrieben sofort der Ausstand proklamiert, und eventuell werden ihre Werkstätten in Verfall erklärt werden. Gelingt es trotzdem nicht, den Achtstundentag auch in diesen Zentren mit schlechter gewerkschaftlicher Organisation durchzusetzen, so werden die Arbeiter von Carrara für die Dauer eines Jahres sich zu der Arbeitszeit verpflichten, die die Bewegung von Versilia und Massa als Endergebnis erzielt. Weist es aber in dem ganzen Marmorrevier bei dem durch die Arbeiter von Carrara erkämpften Achtstundentag, so soll dieser Vertrag zehnjährige Dauer haben. Diese Taktik stellt einen klugen Versuch dar, den Interessenkonflikt konkurrierender Unternehmer auszunutzen und einer schwach organisierten Arbeitererschaft die Vorteile der besser organisierten zuzuwenden.

Letzte Nachrichten.

Die Stimmung in Paris über den Ausgang der Skutarikrise.

Paris, 5. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Montenegro's Rückzug wird hier begrüßt, weil er Italien und Oesterreich den Vorwand einer albanischen Intervention nimmt. Unverkennbar würde eine Intervention auf die Opposition der Ententemächte stoßen, auch die Treibereien Essads seien kein Vorwand zu einer Intervention. „Debats“ meint, Albanien, wo die Anarchie Jahrhunderte lang herrsche, könne noch einige Wochen warten, bis Europa ihm eine Regierung oktroyiere. Ismail Kemal sei ebensowenig zu seinem Vorgehen berechtigt wie Essad. Dringend erforderlich sei, daß die Londoner Ententevertreter eine internationale Besetzung Skutaris durch Flottendetachements durchsehen, um damit kundzugeben, daß Europa nicht die einseitige Regelung der Skutarifrage wolle. Diese Auffassung entspricht offenbar den Meinungen hiesiger leitender Kreise, die über die russischen Intrigen, denen Sowjolski's Organ, der „Temps“, dient, verstimmt waren.

Der Aufstand in Marokko.

Rabat, 5. Mai. (B. T. V.) Die Kolonne Mangin lagerte am 27. und 28. April bei Aitberahim im Tal des Amerrebia und geriet in die auf den benachbarten Höhen versammelten Feinde. Ein am 28. April abends vom Feind unternommener erbitterter Gegenangriff wurde zurückgeschlagen. Am 29. April lodte Mangin den Feind durch einen vorgetauschten Rückzug nach sich und schlug ihn dann in die Flucht, bei der viele tote zurückgelassen wurden. Auf französischer Seite wurden fünfzehn Tote, darunter ein Offizier, und 25 Verwundete gezählt. Der Feind hat sich entmutigt in die Berge des Atlas zurückgezogen.

Ein vereiteter Bombenanschlag.

London, 5. Mai. (B. T. V.) Auf einem Postamt im Südostbezirk Londons wurde unter Briefen beim Sortieren eine Sendung ohne Adresse gefunden, die eine Nitroglycerinbombe enthielt. Die Ladung war stark genug, um das Gebäude, in dem mehrere hundert Mann arbeiteten, in die Luft zu sprengen. Man vermutet einen Anschlag von Anhängerinnen des Frauenwahlrechts.

Gemildertes Urteil gegen Gompers und Genossen.

Washington, 5. Mai. Der Appellationshof des Distriktes Columbia hat das Gerichtsurteil der unteren Instanz aufgehoben, welches Samuel Gompers, Frank Morrison und John Mitchell, die Führer des amerikanischen Arbeiterverbandes, der Wahrung des Rechtes schuldig sprach, weil sie den Namen der Buks-stove and Range-Gesellschaft in St. Louis auf die von dem Verband vor mehreren Jahren herausgegebene schwarze Liste gesetzt hatten. Die Strafen wurden demgemäß ermäßigt: bei Gompers von einem Jahre Gefängnis auf 30 Tage, bei Morrison von sechs Monaten Gefängnis auf eine Geldstrafe von 500 Dollar und bei Mitchell ebenfalls auf 500 Dollar Geldstrafe. Der Oberichter, der diese abweichende Ansicht vertrat, drückte die Meinung aus, das Urteil der unteren Instanz müsse abgeändert werden. Dies, glaubt man, werde weiteren Berufungen den Weg öffnen.

Zum Landtagswahlkampf.

Echt preußischer Parlamentarismus.

Die preußischen Konservativen wird niemand in dem Verdacht haben, daß sie Enthusiasten des Parlamentarismus wären. Ihr Wahlpruch, den sie allen Versuchen, parlamentarische Zustände in Deutschland einzuführen, entgegenzusetzen, ist und bleibt das alte bewährte: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut!“ Nur wenn er gegen die Fortmonarchieinteressen der regierenden Junker handeln möchte, wie beim Mittellandkanal, der uns billigeres Getreide schaffen könnte, wie bei der Wahlrechtsreform oder in jener schon sagenhaft gewordenen und längst überholten Zeit, da der König erklärte, den Protokoller des Großgrundbesitzes nicht mitmachen zu wollen — nur in solchen Fällen erwacht auch in der Dreiklassenwahlrecht so etwas wie der Stolz eines Parlaments, und der Wille, den verfassungsmäßigen Einfluß des Landtags durchzusetzen und dann haben des Königs verantwortliche und fahrbare Ratgeber böse Tage bei den Patentmonarchisten, die sonst die Treue zum Thron gepachtet haben. Dann schlägt Mabe von Pappenheim mal auf den Tisch und ein Minister ist alsbald gewesen und staunend blickt das unkundige Ausland auf das unvermutete Schauspiel des starken Parlaments der starken Männer, die nach jenem Junker weniger Intellekt brauchen, als sie keine Kerben haben dürfen!

In Wahrheit ist die unbedingte Königstreue der Schwarzblauen ja nur ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. Sie führen den Thron, solange sie auf ihn ihre Interessen stützen können. Oft genug ist das durch die Tat bewiesen worden und niemand im Lande kann darüber noch getäuscht werden. Wenn weite Kreise urteilsfähigerer Schichten so tun, als wären sie von der Wahrheit der „patriotischen“ Beteuerungen überzeugt, so nur deshalb, weil sie selbst Teilhaber an diesem Gegenseitigkeitsverhältnis sind, das dem zwischen Staat und Kirche, zwischen dem ausbeutenden Kapital und der Herzengemeinschaft der Würfeligen und Beladenen verzwiefelt ähnlich ist.

Wir sehen also, wie es um den parlamentarischen Geist der Mehrheit dieses Preußenparlamentes bestellt ist. Trotzdem tut sie gegen die Minderheit, als ob die Ehre des Parlamentarismus in ihre Hand gegeben wäre. Es ist zwar gang und gäbe bei den Junkern, die Redner der Opposition, also vor allem die Sozialdemokraten in rüpelhafter Weise anzuflehen — man erinnere sich daran, wie Lehlin einer von dieser Sorte im Reichstag dem Abgeordneten Davidsohn zurufen zu müssen glaubte, daß D. noch immer dieselben Hosen trage, wie damals, als er nach Berlin kam (Weiterleit!!) oder daß Lehlin im Landtag, als Liebkecht feststellte, daß der Minister sich eben entfernt habe, die Rechte geistvoll rief: „Können Sie ihm das verdenken?“ — aber wehe dem Oppositionellen, der mit gleicher Münze zu antworten wagt, wehe dem Volken, der die verfassungswidrige Rechtsungleichheit gegen seine Polengenosse als eine Schande bezeichnet, wehe dem Sozialisten, der von der Volksfeindlichkeit dieser vollstrentenden Machthaber zu sprechen wagt! Da hagelt es Ordnungsrufe, die die Konservativen nun auch bei dem Herrn Grafen v. Schwerin durchgesetzt haben, da wird vom Stuhl des Präsidiums erklärt, daß man Kardorffs Verschuldigung gegen Liebkecht, daß er die Interessen des Auslandes vertritt, zwar gerügt, Ströbels Brandmarkung dieses junkerlichen Uebergriffs aber zur Ordnung gerufen haben würde. Und wenn dann der Sozialist erregt remonstriert, weil der Präsident zwar dem freikonservativen Landrot, nicht aber auch ihm Aufegung zugute halten will — da schneidet man ihm das Wort ab, noch ehe der Präsidium von rechts den gewünschten Erfolg erzielt hat.

Bleibt also der echtpreußische Parlamentarismus einmal darin, daß ihm gegenüber sogar die Regierung manchmal noch moderner erscheinen muß, so findet er seine würdige Vollendung in der brutalen Unterdrückung der Minderheit, der Opposition, die die Volksmehrheit vertritt, der man nicht zugehören will, daß sie ein Subjekt

der Gesetzgebung sein dürfte und der man zum passendsten Zeichen dieser Mißachtung sogar die Vertretung in den wichtigen Kommissionen des Hauses, vor allem in der Budgetkommission verweigert. Anders kann dieser Parlamentarismus erst mit der radikalsten Aenderung seiner Grundlagen, des Wahlrechts werden!

Preußische Sozialpolitik.

Die Gewerbeaufsicht ist, der Verfassung zum Lohn, nicht reichsgesetzlich geregelt. Sie ist Landesache. Kein Wunder, daß sie in Preußen als sozialpolitische Bremse dient. Das bisherige gesetzliche Arbeiterchutz verflechtet unzulängliche Aufsicht in erheblichem Maße. Die nachfolgenden Angaben aus dem Bericht der königlichen Gewerbe- und Fabrikinspektoren bezeugen das in hinreichend ausgiebiger Weise.

In Preußen wurden im Jahre 1912 von den der Aufsicht unterstehenden Betrieben nur

51,0 Proz. revidiert,

2534 685 ungesetzliche Ueberstunden für Arbeiterinnen erlaubt,

1389 303 Stunden Sonntagsarbeit gestattet.

24,6 Millionen Stunden Ueberarbeit in der Eisengroßindustrie ermittelt.

Verstöße gegen die Schutzbestimmungen wurden in 9529 Betrieben ermittelt, wegen der Uebertretungen 2015 Unternehmer bestraft. Die meisten Urteile lauteten auf 1 bis 3 M. Geldstrafe.

Bei der Aufsicht wirken keine Arbeiterkontrollen mit; man weigert sich solche einzuführen.

Wohl gibt es einige weibliche Hilfsorgane aber keinen einzigen selbständigen Aufsichtsbeamten.

So arbeitet das Dreiklassenparlament!

Dissidentenkinder in Preußen.

Zwar bestimmt das Allgemeine Landrecht, daß Kinder, die in einer anderen Religion, als sie in den öffentlichen Schulen gelehrt wird, nach den Gesetzen des Staates erzogen werden sollen, dem Religionsunterricht in derselben beizuwohnen nicht gehalten werden dürfen. Zwar gewährt Artikel 12 der Verfassung die Freiheit des religiösen Bekenntnisses. Zwar sagt die Verfassung, daß der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte unabhängig von dem religiösen Bekenntnis ist und daß den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen darf. Aber über diese Zwangsregeln des Allgemeinen Landrechtes und der preußischen Verfassung steht sich die Unterrichtsverwaltung spielerisch hinweg, indem sie Dissidenten zwingt, ihre Kinder am Religionsunterricht teilnehmen zu lassen.

Vor 50 Jahren stand die Unterrichtsverwaltung auf einem vernünftigeren Standpunkt. In einem Erlass des damaligen Kultusministers v. Bethmann-Hollweg aus dem Jahre 1859 ist ausdrücklich gesagt, daß Dissidentenkinder von der Benutzung des in der öffentlichen Schule erteilten Religionsunterrichts frei zu lassen sind, sobald nachgewiesen wird, daß sie außerhalb der Schule Religionsunterricht erhalten, und es wird hinzugefügt, daß als solcher Religionsunterricht der von dem Prediger der betreffenden Religionsgesellschaft erteilte Unterricht anerkannt wird. Dieselbe Haltung beobachtete der Kultusminister Falk in seiner Verfügung vom Jahre 1872, wonach Schüler, welche in einer Religion erzogen werden sollen, für die im allgemeinen Lehrplan der betreffenden Anzahl Unterrichtsstunden nicht angelegt sind, ohne weiteres dispensiert werden sollen, sowie in einer

weiteren Verfügung vom Jahre 1875, wonach die Dispensation der Kinder von Dissidenten, die in gültiger Form aus der Landeskirche ausgetreten sind, nicht erst von besonderen Bedingungen abhängig gemacht werden darf.

Aber schon 1892 setzte die Reaktion ein. Der Kultusminister v. Zedlitz-Trübshler verfügte, daß der Vater eines schulpflichtigen Kindes selbst dann, wenn er für seine Person einer staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft nicht angehört, gleichwohl verpflichtet ist, das Kind an dem Religionsunterricht in der öffentlichen Volksschule teilnehmen zu lassen, sofern er nicht den Nachweis erbringt, daß für den religiösen Unterricht des Kindes anderweit nach behördlichem Ermessen in ausreichender Weise gesorgt ist.

Seitdem hat die Reaktion immer weitere Fortschritte gemacht. Während sogar der doch gewiß nicht freireligiösen Ideen zugängliche Minister Basse im Jahre 1893 ausdrücklich erklärte, daß der Zedlitzsche Erlass auf die höheren Schulen nicht ohne weiteres Anwendung findet, da er sich auf die Vorschriften über den gesetzlichen Schulzwang gründet, welche für die höheren Schulen keine Geltung haben, und während Basse ein Jahr später seinen Erlass dahin erläuterte, daß nur bei der Volksschule die Dissidentenkinder zwangsweise zum Religionsunterricht herangezogen sind, hat sein Nachfolger sich nicht gekümmert, diesen Gewissenszwang auch auf die Kinder auszudehnen, welche öffentliche und private höhere Lehranstalten besuchen.

Angeht dies von dem jetzigen Kultusminister ausdrücklich gebilligten Haltung wäre es höchste Zeit, daß der Landtag endlich einmal die Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht gesetzlich festlegte. Ein dahin zielender von nationalliberaler Seite gestellter Antrag ist leider über die Kommissionsverhandlungen nicht hinausgekommen. Die konservativ-herkliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses hat es verstanden, die Generalkommission dieser so wichtigen Frage zu hintertreiben. Vermutlich wollten die Konservativen ihren Freunden vom Zentrum die Unannehmlichkeit, Farbe zu bekennen, ersparen.

Soziales.

Heimarbeit.

So viel über diesen Zweig kapitalistischer Unkultur geschrieben werden mag, das, was sich hier an Verbrechen wider das Volkswohl verdeckt, wird immer nur schwach geahndet. Und doch genügt ein Blick in das unsichtbare Elend, um dem Zehner der Menschheit in den tiefsten Tiefen aufgewühlt zu werden — wenn nicht ungebändigte Profitgier alles menschliche Gefühl erstickt. Einige Streiflichter auf das Elend der Heimarbeit wirft eine Veröffentlichung von H. Fr. Goldschmidt, „Heimarbeit“, Ernst Reinhardt, München 1913.

Schander niedrig sind die Löhne in der Münchener Kleider- und Wäscheindustrie. So niedrig, daß der Arbeitgeber mit dem Zuschuß zu rechnen scheint, der aus der Prostitution zuließt. Dazu kommen die traurigen Wohnungsverhältnisse. . . . So muß der materielle Gewinn aus der Prostitution das Arbeiterdasein zu mildern suchen. . . . Es sind arme, unglückliche Menschen, die die soziale Organisation so zur Prostitution zwingt, die so zu ihrem materiellen Elend noch die seelischen Kämpfe auf sich nehmen müssen, die ihre Lebensweise früher oder später mit sich bringen muß.

Da vernimmt man, bürgerlich gedämpft, das Verdammungsurteil wider den Kapitalismus. Der Fluch des Armen ist kapitalistisches Verbrechen. Doch hören wir, oder schauen wir weiter. Aus der Tabakindustrie im Großherzogtum Hessen erblickt das geistige Auge diese Bilder:

In einer Stube, die als Kuffenbalkraum für die ganze Familie diente und deren einziges Fenster auf einen Hof vor dem Hause ging, rippte eine Frau mit ihrem dreizehnjährigen Sohne Tabak.

„Weim Tabakrippen sitzen in einem mit zwei Betten belegten Zimmer eine Werkmeisterwitwe, ihre beiden Kinder von 14 und

zu ermöglichen, die Reiselinien ihrer Dampfer je nach den Eisverhältnissen des Ozeans zu bestimmen.

Humor und Satire.

Er auch!

Nachdem sich nun der PAPA im Lauf der Jahre etwas beruhigt hätten, —
Beginnt jetzt — Gott behüte! — auch der Junge die Feder zu glätten.

So das ganze Jahr Rennen, Rajemenhof, Dienst, die Ställe, Galopp und Trab —
da wird man schon ein bißchen weltfremd und rächt von dem Leben ab. . . .

Zugegeben: Das Schreiben ist nicht so einfach, wie im Pennal, da gab es eben immer eine Drei;
aber Zivilisten sind keine Oberlehrer und kritisieren so allerlei.

Also nun soll alles noch einmal kommen: Kraß, laute Reden, Trompetengeschmetter . . .
Wut, Aerger, Schanden, wie damals — bis in die entferntesten Zeitungsblätter?

Dazu der Kampf, Proteste, Freude über die endlich errungene Ruhe . . .
Und nun alles noch mal: polternde Jugend und alles zertranpelnde Kinderschuhe . . .?

Riegt es im Blut? Wir hoffen nicht. Aber wenn er so will . . .
gibt es wieder ein sehr unmillitärisches Gesicht!
Er mit dem Säbel, — und wir mit der Faust auf den Tisch!
Ignaz.

Notizen.

Die neue Charité-Klinik. Der Um- und Neubau des Charité-Krankenhaus hat wieder eine neue Etappe erreicht: die erste medizinische Klinik wurde am Montag neu eröffnet.

Neuengagements des Deutschen Opernhauses. Im Hinblick auf die mit dem 1. Januar 1914 beginnenden Wagner-Aufführungen hat die Direktion eine Reihe Neuengagements abgeschlossen. Melani Kurt vom Igl. Opernhaus ist als erste dramatische, Elisabeth Boehm von Endert vom gleichen Institut als jugendlich-dramatische Sängerin gewonnen worden. Heinrich Knote, der bekannte Heldentenor der Münchener Hofoper, kommt ebenfalls nach Charlottenburg. Als erste Tenöre sind weiter verpflichtet worden: Paul Hansen aus Kopenhagen und Adolf Völtingen aus Dresden. Neu, aber noch wenig bekannt sind die lyrischen Tenöre Jacob Raikl und Hugo Hermann. Werner Engel, Heldenbariton, und Jean Müller, Bassist, vervollständigen die Liste der Neuengagements. Durch diese Vermehrung des Ensembles wird der Chorgesang um 150 000 M. erhöht, in welcher Summe jedoch auch noch Verstärkungen von Chor und Orchester eingeschlossen sind.

Kleines feuilleton

Für Ueberseereisende! Bekannt sind die beiden Fälle, wo arme, deutsche Schiffsjungen deswegen nicht unterstützt werden konnten von deutschen Konsulaten, weil sie keine Erlaubnisbescheine zum Desertieren bei sich hatten, wobei sie doch selber zugaben, desertiert zu sein. Im folgenden sei ein anderer Fall erzählt, der nicht weniger lehrreich ist:

Es war ein furchtbares Unglück passiert, ein Ozeandampfer war in der Nähe der Küste von Südamerika gestrandet. Frau und Kind und Mann und Maus, alles ging unter, nur gerade zwei Deutsche konnten sich retten, weil sie zufällig Radionotwendler waren und sich im Augenblick der Katastrophe im Takelwerk ergangen hatten.

Wie das für Radionotwendler sich gehört, hatten sie nur gerade jeder das Hemd auf dem Leibe. Ein Schärer erbarnte sich ihrer und ritz seinen Mantel in zwei Teile und gab jedem die Hälfte; so angetan mit Hemd und halbem Schärermantel erschienen sie auf dem deutschen Konsulat:

„Geben Sie Ihre Geburtsurkunde?“ frug sie der Beamte.

„Aber wir sind doch . . .“

„Ich verstehe, Sie meinen: es untersteht keinem Zweifel, daß Sie geboren sind, auch weiß ich, daß Sie Deutsche sind, denn Sie sprechen einen tadellosen Dialekt, aber es wäre doch gut gewesen — immerhin, das Konsulat wird Sie unterstützen, denn Sie sind in hiesiger Gegend ohne diese Unterstützung verloren. Wollen Sie bitte Ihre Amtsscheine vorlegen.“

Die beiden wurden blaß und grün:

„Wir bedauern . . .“

„Was, Sie haben keine Amtsscheine — keine Amtsscheine!“ — Mit gehobener Stimme: „Keine Herren, ein Deutscher, der keinen Amtsschein bei sich hat, gilt nicht mehr als Deutscher und hat jedes Recht auf eine vaterländische Unterstützung verloren.“

So sprach der gestrenge und korrekte Beamte, drehte den beiden den Rücken zu und ging. Allsogleich kam ein schwarzer Diener und geleitete die beiden vor die Türe, die sich hinter ihnen schloß. So mußten sie elendiglich zugrunde gehen.

Der Regisseur. Unter den so verschiednen betitelten Referaten des Regiekommissars barg sich durchwegs das Bedürfnis, über das Wesen des Theaterregisseurs einmal theoretische Klarheit zu schaffen. Man erinnere daran, daß man vor einem guten Jahrhundert unter einem Regisseur einen Finanzbeamten verstand, daneben „auch beim Theater“ einen Angestellten mit ähnlichen Funktionen und daß selbst heute noch von dem Gros des Publikums wie der Kritik die Regiearbeit als die des „Tapeziers“ angesehen wird. Die Ursache dieser Verleumdung liegt zunächst darin, daß der Zuschauer den Regisseur nicht in seinem eigentlichen Wirken, sondern nur in seinen Wirklungen kontrollieren kann. Hier läge der Vorschlag nahe, die Kritik gelegentlich auch zu den Proben zuzulassen. Ferner ist die Bedeutung des Regisseurs als eines selbständigen produktiven Faktors der Aufführung dem heutigen Zuschauer zuerst durch die Ausstattungskünste Max Reinhardts ins Bewußtsein gedrungen, der sich nun aus dem Dekorationsregisseur in einen wirklichen Schauspielregisseur gewandelt hätte.

Das Expansionsbedürfnis einer zum Selbstbewußtsein erwachten Berufsgruppe schont natürlich den Nachbar nicht im geringsten. Wenn demnach gefordert wird, daß der Regisseur den Dramentext nach Bedürfnis revidieren, die Rollen nach seinen Intentionen besetzen, die dekorativen und technischen Mitarbeiter an der Leine haben darf, dann sinkt der bisherige Direktor zum reinen Verwaltungsbeamten herab. Konsequenterweise müßte der Regisseur auch die Stücke annehmen und die Schauspieler engagieren. Diese „Degradierung“ des Direktors wäre kein Unglück, da nach neuerer Uebung zur Verkleidung dieser Würde lediglich geschäftliche Routine oder Unbedenkllichkeit befähigt, während die Kunstgenossenschaft oder profitiert wird. Dann aber würde auch der — im Sinne künstlerischer Regie — besserungsbedürftige Autor zu einem Verfertiger von Halbprodukten, die die vollendende Arbeit des Regisseurs erst verkaufsfertig macht. Auch dieses Ergebnis wäre nicht so entwürdigend, so lange der dramatisierende Nachwuchs nicht in der Lage ist, seine Kenntnis des praktischen Bühnenbetriebs, statt aus fertigen Aufführungen, aus dem lebendigen Wachstum der Proben zu erwerben. Könnten die Regisseure wirklich, unter entsprechenden gesetzlichen und wirtschaftlichen Garantien für sich selbst, ihren Idealtyp mit der Verantwortlichkeit für ein so ausgedehntes künstlerisches Reichthum heranzubilden, dann würden sie nicht nur Schauspielregisseure sein, sondern gleichzeitig Führer und Lehrer für den produktiven wie für den kritischen Theaterkünstler werden.

Der Eisbergjäger. Die Katastrophe der „Titanic“ hat bekanntlich den seefahrenden Nationen den Nordatlantischen Ozean auf gemeinsame Kosten eine Ueberwachung des Nordatlantischen Ozeans zur Feststellung der Lage und des Juges von Eisbergen einzuführen, um die Wiederholung eines so furchtbaren Unglücks zu verhindern. Es wurde auch berichtet, daß England, das ein besonderes Interesse an dieser Frage hat, einen Anfang zur Lösung dieses Problems gemacht hat, indem es ein für den Widerstand gegen Eisdruck geeignetes Schiff in eine schwimmende Beobachtungsstation verwandelt hat. Ueber dieses Schiff, das vor einiger Zeit von Dundee abgefahren ist, werden in der „Nature“ einige nähere Angaben gemacht: Die „Scotia“, das Schiff der schottischen Südpolarexpedition von 1903, mit Apparaten für drahtlose Telegraphie für weite Entfernungen ausgerüstet, so daß es mit den Stationen von Reykjavik und Labrador in Verbindung treten kann. Zu seiner Besatzung gehören ein Hydrograph, ein Meteorologe und ein naturwissenschaftlicher Forscher. Mehrere Laboratorien, darunter eins für Meerestbiologie, sind an Bord eingerichtet. Das Schiff fährt Flugdrachen mit sich, die Instrumente zur Untersuchung der Luftströmungen und atmosphärischen Erscheinungen mit hochheben sollen. Es wird das erste Mal sein, daß in diesem Teile des Atlantischen Ozeans derartige Untersuchungen angestellt werden. Zu den Aufgaben, die auf das Programm der Mission gesetzt sind, gehört es auch, den Einfluß der Eisberge genau zu beobachten, die Zeit zu bestimmen, in der die Auflösung beginnt, und die Richtungen festzustellen, in denen die Eisberge sich bewegen. Die Beobachtungen, die auf der „Scotia“ gemacht werden, sollen durch drahtlose Telegraphie an die Landstationen weitergegeben werden, um den großen Schiffsgesellschaften

8 Jahren und eine über 70 Jahre alte in Pflege genommene Frau oft bis 12 und 1 Uhr nachts; einer der Vollen dient der neunzehnjährige Kocher und ihrer krankenleidenden Schwester von 12 Jahren, der andere der alten Frau, während die Mutter mit ihrem vierzehnjährigen Sohn in einem dunklen, nur durch einen Vorhang von der Küche getrennten Raum in einem Bett schlafen. Neben einer in einer kleinen Küche mit Tabakpfeifen beschäftigten Frau liegt auf dem Küchentisch ein Kind von wenigen Monaten, während ein noch nicht ganz zweijähriges Kind auf feuchten Rippen sitzt und spielt. Ein Pflegekind schläft in der kleinen Nebenstube.

Der Verfasser, ein Schüler Brentanos, fordert u. a.: „Bestlegung eines gesetzlichen Lohnminimums nach dem Grundsatz, daß für gleiche Leistungen in Haus- oder Fabrikindustrie gleiche Löhne zu zahlen sind.“ Die jetzigen Bestimmungen über die Heimarbeit seien vollständig untauglich. Ein wirksamer Reformfaktor sei die Organisation der Heimarbeiter. Sie muß die Widerspenstigen zu der Einführung menschenwürdiger Verhältnisse zwingen. Raffgier und Schmutzkonkurrenz bilden das schwerste Hemmnis. „Einige Unternehmer haben mit erklärt, sie fänden die Forderungen ihrer Arbeiter vollkommen berechtigt, jedoch könnten sie einzeln wegen der Konkurrenz an den bestehenden Verhältnissen nichts ändern; auch sei es aus Konkurrenzneid unmöglich, alle Unternehmer derselben Branche zum gleichzeitigen Vorgehen zu veranlassen.“

Da kann eben nichts anderes helfen als ein Gesetz mit Mindestlöhnen sowie scharfen Strafbestimmungen und eine starke Arbeiterorganisation. Man kann dem Verfasser schon folgen, wenn er meint, nur dann, wenn das Gesetz energisch eingreife, kann die Gesellschaft ein Rückschlag auf die einseitige Auftragschrift erwarten, die die Geschichte der Entwicklung und Ausartung der Heimarbeit Deutschlands teilweise darstellt.

Das Rückschlag könnte sich allerdings nur auf die Zukunft beziehen und auch nur bedingt, denn die gesetzliche Regelung der Heimarbeit allein beseitigt noch nicht die aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung entspringende fürchterliche Ausbeutung der Arbeitskraft. Weit über die durch den Kapitalismus bedingte Ausbeutung hinaus fördert und steigert der Staat die Ausbeutung durch sein passives Verhalten in der Frage der Heimarbeit. Hat doch Regierung und Reichstag erst vor zwei Jahren abgelehnt, Lohnkommissionen zur Festlegung von Minimallöhnen einzusetzen. Und das, wiewohl Australien und neuerdings England vorzügliche Erfolge in der Bekämpfung der Hungerlöhne durch solche Einrichtung erzielt hatten.

Ein Kampf um die Invalidenrente.

Der Kampf eines armen Mannes um die Invalidenrente kam jetzt beim Oberverwaltungsamt in Chemnitz zum Abschluß. Der Wollfärbereigränitz hatte am 9. September 1911 Antrag auf Gewährung der Invalidenrente gestellt. Er war dann vom Hofrat Dr. Reichelt untersucht und seine Erwerbsfähigkeit auf 40 Proz. geschätzt worden. Gränitz leidet von Kindheit an an einer Lähmung der rechten Körperhälfte. Dadurch ist er immer vermindert arbeitsfähig gewesen. Durch einen Fall erlitt er noch einen Bruch der linken Kniegelenke. Dadurch ist der Mann nahezu hilflos geworden; ohne Stock kann er sich nicht aufrecht erhalten, dem Körper fehlt die Balance.

Zur Begründung des Antrages auf Gewährung der Invalidenrente war noch ein Gutachten vom Sanitätsrat Dr. Gutte beigegeben worden, das die Erwerbsfähigkeit des Mannes auf 25 Proz. bezifferte. Auf Veranlassung der Landesversicherungsanstalt war von diesem Ratte noch ein Ergänzungsgutachten beigegeben worden, in dem der Arzt ausführte, daß die Erwerbsfähigkeit des Mannes wegen seines verkrüppelten Körpers nicht höher bemertet werden könne. Auch sei die vom Hofrat Dr. Reichelt erwartete Besserung nicht eingetreten. Nun wurde noch einmal Hofrat Reichelt gefragt. Dieser kam zu dem Ergebnis, daß die Erwerbsfähigkeit 40 Proz. betrage, daß sie aber bis hart an die Invaliditätsgrenze heranrücke. Der Arzt hielt es wunderbarerweise aber für möglich, daß der Mann bei angemessener Beschäftigung noch mehr als ein Drittel verdienen könne. Das Versicherungsamt erachtete mit seinen Vertretern nach Guttes Gutachten und insbesondere nach dem persönlichen Eindruck des Rentenansprechers diesen als seit dem 28. August 1911, dem Tage des Falles, als invalid, da er bei dem hilflosen Zustande keinerlei Arbeit finden könne. Traudem gab die Landesversicherungsanstalt Königsreich Sachsen einen ablehnenden Bescheid. Diesen begründete sie mit dem Hinweis, daß G. schon von Kindheit auf sehr behindert gewesen sei, die Erwerbsbeschränkung aber durch den Kniegelenksbruch noch mehr eingegriffen habe; aber als Zigarrenarbeiter oder als Wollfärbereigränitz könne er in sitzender Stellung immer noch mehr als ein Drittel verdienen.

Dieser ungeheuerliche Bescheid wurde mit der Berufung angegriffen. Es wurde hervorgehoben: Es sei rein undgreiflich, wie man den G. zu irgend einer Erwerbstätigkeit fähig halten könne. Der Mann sei gänzlich ohne Balance, ohne künstlichen Stützpunkt könne er sich nicht aufrecht erhalten. Nach seinem Zustande könne der Mann keine Zigarren machen, auch als Wollfärbereigränitz nicht arbeiten. Höchstens könnte er in einem Stuhl mit zwei Lehnen als Korsetzler, Pauchebinder oder Harmonikaspieler tätig werden. Viermal habe der Kläger bei der Firma, wo er als Wollfärbereigränitz tätig gewesen war, versucht, Arbeit zu erhalten; immer sei er abgewiesen worden. Er hätte Verdienstmüssen, wenn mitleidige Kaufleute und seine armen Verwandten ihn nicht unterstützt hätten. Der Vertreter der Landesversicherungsanstalt beharrte bei dem gemachten Angebot und erachtete diesen Standpunkt als durch die ärztlichen Gutachten gedeckt. Er beantragte den über das Angebot gemachten Anspruch als unbegründet abzuweisen. Das Oberverwaltungsamt verurteilte die Landesversicherungsanstalt, vom 28. August 1911 ab dem G. Invalidenrente im Jahresbetrage von 212,40 M. zu gewähren.

Der Standpunkt der Landesversicherungsanstalt und des Hofrats Reichelt zeigt, wie berechtigt die Beschwerden über die Weltfremdheit mancher Bezirke und Versicherungsanstalten sind.

Landtagswählerverfassungen.

Die Schiffer und die Landtagswahl.

Am Sonntagnachmittag tagte in der Neuen Philharmonie eine Schifferversammlung, die meist von Schiffsfahrtsangehörigen, zum kleinen Teil auch von selbständigen Schiffern besucht war. Referent war Genosse Karl Liebknecht. Er verwies zunächst darauf, daß sich infolge der wirtschaftlichen Entwicklung die großen Schiffsfahrtsvereinigungen immer mehr ausbreiten und auch durch Geleise und Verordnungen den kleinen selbständigen Schiffern gegenüber begünstigt werden, während die kleinen Kahnbesitzer infolge dieser Entwicklung in ihrer wirtschaftlichen Existenz schwer bedrückt werden. Weitens ist es nur noch der Schein einer Selbständigkeit, den die kleinen Schiffeigentümer haben. In Wirklichkeit sind auch sie im wesentlichen nichts anderes als Arbeiter, die für schwere Arbeit einen verhältnismäßig geringen Lohn erhalten und deshalb in der Hauptsache dieselben Interessen haben wie die Angestellten und Arbeiter in der Schiffsahrt. Ferner wies der Referent nach, daß die Sozialdemokratie im Reichstag wie im Landtage sich der Interessen der Schiffer angenommen hat. So ist die Sozialdemokratie als einzige Partei mit aller Entschiedenheit gegen die Schiffsfahrtsabgaben eingetreten. Nach einem Überblick über die allgemeinen politischen Verhältnisse zeigte der Referent, daß die Schiffer, sowohl die Arbeiter als auch die kleinen Selbständigen, ihre Interessen nicht besser wahren können als durch Anknüpfen an die Sozialdemokratie und ihre Unterstützung bei den Wahlen.

Mit lebhaftem Beifall wurde der Vortrag des Referenten sowie die Ausführungen der Diskussionsredner aufgenommen. Die unter Anführung von Rakfagen aus dem Verursachen der Schiffer zu dem-

selben Ergebnis kamen wie der Referent und zur Wahl der sozialdemokratischen Wahlmänner aufforderten.

Zu einer stürmischen Auseinandersetzung zwischen Liberalen, Konservativen und Sozialdemokraten kam es am Sonntagabend in einer von den Nationalliberalen und Fortschrittlichen nach dem Bahnhofshotel in Storkow einberufenen Versammlung. Den Ansprachen der beiden liberalen Kandidaten, Farrer Traub (Fortschrittliche) und Amtseigentümer a. D. Diekmann (Nationalliberal) trat Genosse Piel in einer halbfindigen Rede entgegen. Er ersuchte zunächst die in Storkow stark vertretenen Liberalen, ihre angebliche Freundschaft für Versammlungs- und Meinungsfreiheit dadurch zu beweisen, daß sie die Lokalhaber veranlassen, ihre Säle auch der Sozialdemokratie für Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Er warnte die Wähler davor, den Versprechungen der liberalen Kandidaten zu viel Glauben beizumessen. Die bisherigen Taten der liberalen Parteien bewiesen zur Genüge, daß sie keinen Willen und auch keine Kraft haben, die Versprechungen einzulösen. Nur die Wahl von Sozialdemokraten verbürge eine wirkliche Vertretung der unteren Schichten der Bevölkerung.

Die Liberalen versuchten durch Lärm und Trampeln die Anlagen unseres Genossen zu überhören. Sogar der Vorsitzende der Versammlung, Herr Bahnvorsteher a. D. Sachs, beteiligte sich an dem Trampeln. Auch versuchte er wiederholt, den Redner am Weiterreden zu verhindern und wollte ihm schließlich das Wort entziehen, weil er bereits fünfundsiebzig Minuten gesprochen habe. Aber auf Protest der anwesenden Arbeiter mußte er ihn doch schließlich ausreden lassen. Dann folgten in bunter Weise konservative, fortschrittliche und nationalliberale Redner. Die konservativen Diskussionsredner zogen ebenfalls gegen die Liberalen scharf vom Leder, wenn auch aus anderen Beweggründen und mit anderen Argumenten, als der sozialdemokratische Redner.

Nachdem unser Redner auf die vielfachen Entstellungen unter erheblicher Schwierigkeit nochmals zum Wort gekommen und Herr Traub das Schlusswort gehalten hatte, erreichte die Versammlung gegen 12 Uhr ihr Ende. Sie kann als voller Erfolg der Sozialdemokratie verbucht werden.

In Wannsee referierte in einer gutbesuchten Wählerversammlung Genosse Witt-Baumke. Seine Ausführungen wurden mit reichem Beifall aufgenommen.

In Nieder-Schönweide geliehnten die Kandidaten des Kreises Genossen Hofer und Groger den reaktionären Einfluß Preuhens auf unsere gesamten politischen Verhältnisse unter großem Beifall der gutbesuchten Versammlung.

In Kummerdorf bei Storkow führte in einer Landtagswählerversammlung Genosse Piel in einer Ansprache den Anwesenden die Notwendigkeit regimenter Wahlagitator für die Sozialdemokratie vor Augen.

In Karlsdorf behandelte in äußerst gut besuchter Versammlung Genosse Dr. Treitschke das Thema: „Ja bin ein Preuße“. Leider konnte die Versammlung wegen des anhaltenden Regens nicht unter freiem Himmel auf dem vorgesehenen Grundstück stattfinden, sondern mußte im Lokal „Hirschenbad“ abgehalten werden. Erschienen war zur angelegten Versammlung auch ein Aufgebot von vier Genossen und ebensoviele Ortspolitisten. Wahrscheinlich war die Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Ortes, die nach der Begründung der Karlsdorfer „Regierung“ auf Vermehrung der Polizeistärke erheblich leiden sollten, diesmal nirgends im Orte gestört. Die Hüter der Ordnung mußten wieder abziehen, ohne irgendwie in Tätigkeit getreten zu sein, da die Versammlung wegen des anhaltenden Regens nach außerhalb, nämlich nach Kummelsburg, verlegt wurde, weil im Orte selbst kein genügend großer Saal zur Versammlung zur Verfügung steht.

Dem Referenten wurde nach seinen Ausführungen reichlicher Beifall gespendet.

Aus Industrie und Handel.

Börsenspekulationen des Königs von Montenegro.

Dem „Börsen-Courier“ wird aus London geschrieben: „In Citykreisen, die seinerzeit auch sehr genau über die Interessen englischer Kabinettsmitglieder an der amerikanischen Mercantilegesellschaft unterrichtet waren, spricht man über ausgedehnte Börsenspekulationen, die der König der Schwarzen Berge in Verbindung mit einer französischen Bank in Szene gesetzt habe. König Nikita soll, kurz vor Ausbruch des Krieges, an eine Pariser Bank herangetreten sein, um ein Darlehen auf 250.000 Pfund Sterling zu erlangen, für das er 10 Prozent Zinsen offerierte. Diese Bank ließ die Summe dem König jedoch zu 8 Prozent, machte aber zur Bedingung, daß er einem Syndikat, das die Bank gründete, kurz vor Ausbruch des Krieges das genaue Datum des Beginns der Feindseligkeiten bekanntgeben würde. König Nikita sowohl, als auch sein rühmiger Vertreter in Paris, ein Herr Mischkovich, sollen an dem Syndikat beteiligt sein. Dieses Syndikat soll nun während der letzten Monate Millionen-gewinne eingehemmt haben, ganz apart davon soll aber Nikita auch auf eigene Rechnung in Budapest, Wien, Paris und London in Balkanwerten, Rio Tinto, Canadian Pacific und De Beers spekuliert haben. Als die Situation im Balkan nun plötzlich eine günstige Wendung nahm, wurden die Pariser Spekulanten überrascht, da sie sich noch nicht genügend gedeckt hatten. Um dies zu ermöglichen, soll der König von Montenegro die Slutariaffäre auf die Spitze getrieben haben. Diese Mitteilungen, die frühere, in der russischen Presse verbreitete Behauptungen bestätigen, geben dem Balkankrieg eine neue häßliche Note. Während Tausende von Männern auf den Schlachtfeldern verbluteten, haben „Königliche“ Börsenspekulanten durch die Opfer ihre leeren Taschen füllen können.“

Direkte und indirekte Koksversteuerung.

Aus Koksanhändlerkreisen wird uns geschrieben: „Der Preis für Gaskoks aus dem Berliner Gasanstalt hat heute eine Höhe erreicht, wie selten zuvor. So betrug der Preis für 200 Zentner Gaskoks im Jahre 1906 nur 170 M., stieg dann in 1907 auf 210 M. und 1908 gar auf 280 M. ab Gasanstalt, während der Preis für das gleiche Quantum im Jahre 1912 wieder 215 M. betrug. Für das laufende Jahr ist der Preis für 200 Zentner erneut gestiegen und kostet heute dem, der sich rechtzeitig eingedeckt hat, 265 M., im freihändigen Verkehr ist der Preis noch höher.“

Damit hätte der Preis für Koks ab Anstalt allerdings noch nicht den hohen Stand von 1908 erreicht, das aber ist nur scheinbar. In Wirklichkeit ist der Preis für Koks, durch eine einfache Verkaufsbestimmung der Verwaltung der Berliner Städtischen Gaswerke weit höher gestiegen. Koks besitzt bekanntlich mehr als jedes andere Brennmaterial die unerwünschte Eigenschaft, Wasser in hohem Grade aufzusaugen und, da Wasser zum Abkühlen des glühend aus den Retorten kommenden Kokes unerlässlich ist, so unterliegt das wirklich auf 200 Zentner verladene Quantum ganz erheblichen Schwankungen, je nachdem, ob der Koks naß oder abgetrocknet zur Verladung kommt. Wiederholte Vorstellungen seitens des Verbandes der Koksanhändler veranlaßten die Gasanstalt schließlich, auf je 200 Zentner 160 Hektoliter gebrochenen resp. 215 Hektoliter ungebrochenen Koks zur Verladung zu bringen. Dabei ist festzustellen, daß dieses Quantum bis zu 250 Zentner war. Seit Anfang dieses Jahres aber hat die Gasanstalt von diesem Verfahren Abstand genommen. Also — der Preis für einen Waggon Koks — ist um 50 M. seit dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres gestiegen, das im Waggon verladene Quantum aber in fast allen Fällen erheblich reduziert. Es kommt häufig genug vor, daß der Koks triefend naß aus dem Waggon abgefahren werden muß und bedeutend weniger Hektoliter enthält als ein anderer, mit trockenem Koks beladener Waggon. Aber alle Ertragserwartungen für das im Koks enthaltene Wasser werden von der Ver-

waltung der städtischen Gaswerke kurzerhand mit dem Hinweis auf die Verkaufsbedingungen abgewiesen, in denen es heißt: „Wir übernehmen keinerlei Bürgschaft für die gleichmäßige Beschaffenheit des Kokes, weder in bezug auf die Heizkraft, noch auf den Feuchtigkeitsgehalt.“ Da mindestens die Hälfte der Koksanhändler gezwungen ist, den Koks wagonweise zu beziehen (die Hauptproduktionsstätten für Koks liegen außerhalb Berlins in Tegel, Schmaragdort usw.), so ist es begreiflich, wenn die Koksanhändler gegen die jetzt beliebte Art des Koksverkaufs seitens der Gasanstalten protestieren. Auch die Konsumenten sollten sich diesem Protest anschließen, da die Versteuerung des Kokes mindestens zu einem Teile auf die Konsumenten abgewälzt werden muß.“

Konkurse im April. Die Ziffer der im April 1913 eröffneten Konkurse ist nach einer Zusammenstellung der „Bank“ auf 962 gestiegen, im April 1912 waren es 765, 1911 nur 688 Konkurse. Die Steigerung erklärt sich aus den Kreditbeschränkungen der Banken und ist eine Folge der durch den Balkankrieg hervorgerufenen Schwierigkeiten auf dem Geldmarkt.

Julius Pischke u. G. Der Jahresabluß weist einen Reingewinn von 1,028 Millionen gegen 1,614 Millionen auf. An Dividende werden wie im Vorjahre 8 Proz. gezahlt. Die Abschreibungen werden mit 1,986 Millionen bemessen.

Gerichts-Zeitung.

Die An siedelungs-Kommission vor Gericht.

Thorn, 2. Mai. Der Reichsgerichtsrat Gustav Mügge aus Hochdorf, Kreis Priesen, hatte sich heute vor der Strafkammer wegen Verletzung von Beamten der An siedelungs-Kommission zu verantworten. Die Straftat wurde in einer Beschwerde des Mügge an das Ministerium für Landwirtschaft gefunden, worin er schwere Vorwürfe gegen Beamte der An siedelungs-Kommission erhob, nachdem eine Eingabe an die Kommission ohne Antwort geblieben war. Mügge führte Klage über folgende Fälle: Auf dem An siedelungs-gut Schöne stand ein Dampftraktor zum Verkauf. Mügge wandte sich deswegen an die An siedelungs-Kommission in Posen, die 5000 M. verlangte. Er bot 2500 M. und zuletzt 3000 M. Es wurde ihm aber mitgeteilt, der Preis könne nicht billiger gestellt werden. Trotzdem ist der Dampftraktor für 3000 M. an einen Händler verkauft worden. Das bedeute eine Zurücksetzung der An siedler, die in erster Linie berücksichtigt werden sollten. Ein andermal wandte sich Mügge an die An siedelungs-Kommission mit der Bitte, ihm Eisenbahngleise und Stoppwerke zu überlassen, da er einige Stücke einnehmen wollte. Er wurde an das An siedelungs-gut Treuhäuser verwiesen. Dort kaufte er 200 Meter Gleis und eine Weiche. Als er aber das Gleis abfahren lassen wollte, wurde es ihm vorenthalten. Dem Käufer wurde nicht einmal Bescheid gegeben, so daß das Fuhrwerk unheimweise noch morgens bis nachmittags fortblieb. Ähnlich würden auch andere An siedler behandelt. Auf Treuhäuser war gleichfalls ein Dampftraktor zu verkaufen. Ein An siedler aus Prießdorf bot 1500 M., später sogar 2000 M. Den Zuschlag erhielt aber ein Händler für 1150 M. Die Staatskasse ist also um 850 M. gekürzt. Besonders beleidigend erschien der letzte Teil der Beschwerde, worin es heißt: „Ein Kaufmann erzählte mir, wenn man von einem An siedelungs-gute etwas kaufen wollte, so müsse man „schmierern“. Er hätte voriges Jahr sich vergebens bemüht, von dem Gute Reblau, Kreis Kulm, Krosioffeln zu erhalten. Erst als er dem Verwalter 100 M. in die Hand drückte, hatte er in drei Tagen die Genehmigung gehabt. Ähnliche Fälle sind mir noch viele bekannt. Ich bitte diese Fälle zu untersuchen und mir Bescheid zukommen zu lassen.“ Bei der vom Ministerium angeordneten Untersuchung wurde Mügge verantwortlich vernommen und mußte nun die im letzten Teil seines Schriftsatzes erhobenen allgemeinen Vorwürfe detaillieren. Der Beamte, den er der Verschleierung beschuldigte, ist der Gutswertner v. Wysocki aus Reblau, der Kaufmann, der ihm von dem Krosioffelnhandel erzählt hat, der Kaufmann Kalla aus Krosioffeln. Ueber die „ähnlichen Fälle“ befragt, gab Mügge an, daß ihm persönlich der Gutswertner Odenburg vom An siedelungs-gute Wielau aus schlesischen Westfalen 20 Zentner Roggen geborgt habe. Als er im Herbst das Quantum abgeben wollte, habe Odenburg gesagt, er möge lieber bar bezahlen. Das sei auch geschehen. Er sei überzeugt, daß Odenburg dies Geld nicht an die Kasse der An siedelungs-Kommission abgeführt habe, da er zu jener Zeit bereits nach Wielau verlegt war. Der An siedler Silber habe gleichfalls 20 Zentner schlesischen Roggen von Wielau geborgt. Als er die Schuld bezahlen wollte, habe Odenburg gesagt, er möge das Geld nur an den Inspektor Wittemeister abführen, der müsse auch was haben. Endlich habe der Gutswertner Klette aus Prießnitz von dem Wogebauer Kalligowski aus Prießnitz zwei Wagen bezogen und ihn veranlaßt, Kalligowski eine Kuhhofordnung aufzustellen, obwohl Kalligowski niemals geleistet wurden. Die eigenartige Geschäftsführung der Beamten charakterisierte auch eine Bemerkung des Prießnitzer Meisters Wardack aus Prießnitz. Als Kaufmann Kalla ihm erzählte, er habe mit einem An siedelungs-gute ein Roggengeschäft über 30 Tonnen nicht machen können, da der festgesetzte Preis zu hoch sei, da meinte Wardack, das sei doch sehr einfach, einen niedrigeren Preis zu erlangen; es werden 20 Tonnen bezahlt und 25 geliefert.

Die Weisungnahme ergab, daß die Beschuldigung gegen v. Wysocki grundlos war, daß aber auf den anderen An siedelungs-gütern Unregelmäßigkeiten vorkamen, die zu Ablem Anklage gaben. Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis zwar nicht für erbracht, billigte dem Angeklagten aber den Schutz des § 193 zu und sprach ihn frei.

Mitteilungen.

Brutale Mißhandlungen seiner Frau und seiner Kinder hat sich der Arbeiter Paul Haupt zuschulden kommen lassen, der gestern aus der Haft der Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. — Der Angeklagte ist seit dem Jahre 1903 heiratet, der Ehe entsprossen drei Kinder, die jetzt 8, 7 und 6 Jahre alt sind. Die drei Kinder wie auch die eigene Frau hatten unter der rohen Diktatur des Angeklagten in der lurchigsten Weise zu leiden. Er schlug bei dem geringsten Anlaß auf Frau und Kinder ein, so daß sie mitunter tagelang mit Wunden und offenen Wunden bedeckt herumliegen. Wenn er des Nachts betrunken aus der Kneipe kam, fiel er wiederholt über seine Frau her und bearbeitete sie mit irgendwelchen Werkzeugen, die sich gerade in seiner Nähe befanden. Als der kleine Jährige frei einmal die Schnapsflasche des Vaters versehentlich zerbrach, erhielt er von diesem mit einem dicken Knüttel einen Schlag über den Kopf. Als das Kind einige Tage später mit einer großen eiternden Wunde in die Schule kam, wurde es von dem Lehrer dem Rektor vorgeführt, der dann die Polizei benachrichtigte.

Wegen der Mißhandlungen der Frau und zweier Kinder wurde der Angeklagte im Dezember v. J. von der Strafkammer zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, während die Verhandlung bezüglich der übrigen Mißhandlungen abgetrennt wurde. — In der gestrigen Verhandlung bestritt der Angeklagte, sich der Mißhandlung schuldig gemacht zu haben; er wurde jedoch durch die Weisungnahme überführt. Mit Rücksicht auf die von ihm an den Tag gelegte Nothilfe einem schwächlichen Kinde gegenüber lautete das Urteil auf eine Zusatzastrafe von vier Monaten Gefängnis.

Schwere Strafe gegen einen „Räpender“.

Eine Räpender, die sich im März d. J. in Sutterhausen bei Sangerhausen ereignete, hatte jetzt ein Nachspiel vor dem Nordhäuser Landgericht. Bei dem Steuerbeamten der genannten Gemeinde erschien an jenem Tage in eleganter Kleidung der Bureau-schreiber Brösel aus Sangerhausen und stellte sich als Regierungsaffairer von Bohlen-Gallbach vor, der im Auftrage der Werscheburger Regierung die Kassen prüfen müsse. Bereitswillig wurden ihm Listen und Kasse vorgelegt. Nach erfolgter „Prüfung“ beschlagnahmte der Herr Affairer die in der Kasse befindlichen Gelder in

Höhe von 3000 M. und machte sich eiligst davon. Im Weisheit des Ortsvorstehers wurde das Geld dem hohen Herrn in versiegeltem Kuvert übergeben. Erst als es zu spät war, ging den Dorfgrößen ein Licht auf, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen waren. Ein schleunigst erklärter Steckbrief hatte keinen Erfolg. In aller Gemütsruhe konnte der Herr „Regierungsdirektor“ das Geld in Halle, Leipzig, Koblenz, Brüssel und Berlin, wo er sich am Ende der Polizei stellte, verjubeln. Das Landgericht erkannte auf zwei Jahre Zuchthaus, obwohl der Staatsanwalt nur ein halbes Jahr beantragt hatte.

In der Privatklage des Generalsekretärs Karl Komoll in Hannover, Alexanderstr. 7, Privatklagers, gegen die Redakteure 1. Ernst Andree in Hannover-Alfeld, Scheidestr. 31; 2. Richard Barth in Berlin SW 68, Vindensstr. 69; 3. Eugen Prager in Erfurt, Kleine Arche 1, Angeklagte, wegen Verleumdung hat die II. Strafkammer des königlichen Landgerichts in Hildesheim am 6. Februar 1913 für Recht erkannt: Das angefochtene Urteil wird aufgehoben. Die Angeklagten sind der öffentlichen Verleumdung schuldig. Es werden verurteilt: Andree und Prager zu je 100 — einhundert — Mark, Barth zu 150 — einhundertfünfzig — Mark Geldstrafe, an deren Stelle im Unvermögensfalle für je 5 Mark 1 Tag Gefängnis tritt, und in die Kosten des Verfahrens einschließlich der Kosten der Revisioninstanz.

gez. Thomjen, Hinfelmann, Müller.

Aus aller Welt.

Die Pfründner des Krieges.

Sie tauchen schon auf, die fragwürdigen Hyänen des Schlachtfeldes. Sie sitzen schon die Jahre. Sie rüsten sich schon zum grausamen Raub. Der Präsident des Nordmährisch-schlesischen Industriellenverbandes, der Generaldirektor Dr. Friedrich Schuster, der Vertreter des österreichischen Rüstungskapitals, hielt, so berichtet unser Wiener Parteiblatt, Donnerstag eine Rede über den Krieg: „Das, was in den nächsten Tagen in unserem Reiche sich vollziehen wird, ist es mag wie immer ausfallen, einer der wichtigsten Momente in der Geschichte unserer Monarchie.“ Jawohl, er mag wie immer ausfallen, für das Rüstungskapital ist der Krieg stets ein prächtiges Geschäft. Und sie tauchen schon auf, die Leichenfledderer und Hyänen des Schlachtfeldes. Die Kanonenschüßer sind alle für den Krieg. Sie bleiben vom Schusse fern. Ihrer wird keiner in seinem Blute verhöhnen. Die Proletarier mögen vor dem Kriege zittern; ihnen mag der Wahnsinn des Militarismus das Bewußtsein umschwappen. Aber die Herren des Rüstungskapitals jauchzen auf; ihr wichtigster Moment ist gekommen. Nun kann sich das Wunder dieser Tage vollziehen: Die man aus dem Blute der fallenden Völker das Gold der hohen Herren prägt und münzt. Ihr Arbeiter habt ins Feld zu ziehen, ihr habt euch den Kanonen hinzustellen, ihr habt euch abmorden zu lassen, ihr mögt Weib und Kind in Elend und Verzweiflung verfallen lassen, röhrt nur, sinkt nur um, verblutet und verendet — was macht's? Der Herr Generaldirektor lächelt und berechnet in seinem Bureauzimmer zu Bismarck, was für glänzende Profite dieser wichtigste Moment in der Geschichte Österreichs verspricht. Man muß über die Selbstenthüllung staunen, die durch solche Bekenntnisse geübt wird. Mit Ekel aber empfindet man zugleich die rote Schamlosigkeit, die aus den Reden des

Rüstungskapitals unbezähmbar hervorbricht. Die Hyänen des Schlachtfeldes beginnen schon zu schreien.

Schwerer Unfall bei der Torpedobootsbergung.

Während der Bergung des bei Helgoland gesunkenen Torpedobootes S 178 hat sich am Montagmorgen ein schweres Unglück zugetragen. Durch einen Nordoststurm kam der zur Hebung verwendete große Brahm „Unterelbe“ zum Kentern. Von den 18 Mann Besatzung sind der Kapitän, der Steuermann und fünf Matrosen ertrunken, elf Mann wurden gerettet. Der kloben treibende Brahm wurde später in den Helgoländer Hafen geschleppt.

Bootskatastrophe auf dem Ammersee.

Von einem schweren Bootsunglück wird aus Herrsching am Ammersee berichtet. Sechs Bedienstete, die auf einem Schloßgute in Nied angestellt waren, und zwar drei Männer und drei Mädchen, unternahmen am Sonntagabend eine Bootsfahrt. Hierbei wurden sie von einem schweren Gewittersturm überfallen und das Boot schlug um. Alle sechs Personen ertranken. Die Hüte und andere Kleidungsstücke fand man am Montag auf dem See. Die Leichen der Ertrunkenen konnten noch nicht geborgen werden. Es handelt sich um einen der schwersten Bootsunfälle, der sich je auf dem Ammersee zugetragen hat.

Die armen Reichen.

Wir lesen in der „Frankf. Ztg.“: Es ist wirklich höchste Zeit, einen internationalen Schutzbund für Millionäre zu gründen. Denn ein Land nach dem andern rückt den armen Leuten auf den Hals. In England wütet ein Lloyd George als Schatzkanzler, in Deutschland hat sein führender Kollege die Milliardenabgabe proklamiert, und selbst im Eldorado der Plutokratie, in den U. S. A., wagt Woodrow Wilson jetzt einen Vorstoß gegen die Reichen; er will sie nämlich durch eine progressive „Reichs-einkommensteuer“ zur Bestreitung der allgemeinen Lasten heranziehen. Das ist etwas ganz Neues für die Union, in der bis vor kurzem die Verfassung eine Einkommensteuer unmöglich machte. Die neue Steuer ist progressiv gedacht; von Einkommen über 100 000 Dollar sollen 4 Proz. erhoben werden. Amerikanische Blätter bringen nun ihren Lesern eine Liste der hauptsächlichsten „Opfer“ Wilsons. Da man sich in Europa häufig falsche Vorstellungen von den großen Vermögern in Amerika macht, geben wir aus der Liste die fünfzehn ersten Namen wieder. John D. Rockefeller, der Petroleumkönig, der sich seit Jahren nur von Milch und leichtem Gebäck ernähren kann, eröffnet den Reigen mit 2600 Millionen Dollar, ihm folgt angehlich der ehemalige Stahlindustrielle und nunmehrige Reformstifter Andrew Carnegie mit zwei Milliarden. Die Hinterlassenschaft des kürzlich verstorbenen J. P. Morgan, des ersten Bankiers in Wallstreet, war mit einer Milliarde halb so groß. Der Nachlaß Marshall Fields, des erfolgreichen Chicagoer Warenhändlers, ist nicht kleiner. Mit rund 800 Millionen werden drei aufgeführt: Henry C. Frick, der eifrige Spekulant, ferner James Stillman, der Geschäftsfreund Morgans, und schließlich die Familie Hearst's, des ehrgeizigen Herrn der gelben Presse. Dann folgen die Nachkommen der großen Eisenbahnpioniere: Huntington, der Zeit seines Lebens in Geldnöten war, weil er

immer neue Pläne verwirklichte, hinterließ rund 400 Millionen, Jay Gould, der Skrupellose, 300 Millionen, während der vielgenannte Harriman nur 280 Millionen zu vererben hatte. Ruffel Sage hat seiner Witwe 360 Millionen hinterlassen, die jetzt edlen Zwecken dienen. Auch die Reichtümer des verstorbenen Lord Stanford, 300 Millionen, sind zum erheblichen Teil durch seine großzügige Schöpfung, die kalifornische Universität, gut angelegt. Neben John D. Rockefeller haben natürlich auch seine Verwandten in Delphing ihr Schicksal ins Trockne gebracht: William Rockefeller, Henry S. Flagler und der Nachlaß G. S. Rogers werden auf je 200 Millionen geschätzt.

Kleine Notizen.

Schweres Bootsunglück. Fünf junge Männer und ein Mädchen, die in der französischen Stadt Lausanne nach dem Tanz zurückkehrten, kenterten mit einem Ruderboot. Zwei der jungen Männer retteten sich durch Schwimmen; die übrigen vier Insassen des Bootes ertranken.

Revolutions in einer Katholikenversammlung. In Valencia wurde während einer Versammlung der Katholiken von Rabiolen auf Franziskanerinnen geschossen. Verschiedene von ihnen wurden verwundet.

Riesenbrand. Das ganze Geschäftsquartier der Stadt Norwich am Kap Breton ist bis auf vier Häuser durch Feuer zerstört worden. Der Schaden wird auf 200 000 Dollar geschätzt. Eine Person ist ums Leben gekommen.

Abtug eines japanischen Fliegers. Der Flieger Takashi ist bei einem Schussflug in der Kolonialausstellung von Osaka ums Leben gekommen.

Verbrecherjagd in New York. 75 Polizisten machten sich am Sonnabend in New York auf die Jagd nach einem Italiener, der einen Landmann ermordet hatte. Im Augenblick, als er verhaftet werden sollte, gab er auf die Polizisten mehrere Schüsse ab; er tötete einen und verwundete mehrere andere, wozu es ihm gelang zu entkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Der Kampf. Sozialdemokratische Monatschrift. Heft 8. Otto Bauer: Nach dem Balkankrieg. — Hermann Wendt (Berlin): Fünfzig Jahre Sozialdemokratie. — Oswald Hilferding (Karlshof): Die erste sozialdemokratische Organisation in Österreich. — E. Senfowitsch: Die Wiederbelebung des russischen Proletariats. — Adolf Braun (München): Konzentrierung der Unternehmerrmacht. — Karl Gernat (Leipzig): Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft. — Wilhelm Ellenbogen: Richard Wagner und das Proletariat.

Briefkasten der Redaktion.

H. N. Köpenick 13. 1. So, sofern die Frau jetzt arbeitet. 2. In der Regel nein. 3. Bei der Auszahlung können Sie den auf die Rechte entfallenden Anteil kürzen. — G. Z. 19. 1. und 3. Rein, 2. Ja. 4. Ein solches Recht hat der Beamte nicht. 5. Winkelsstraße 100 Nr. 4. 6. 25. 1. Geburtsurkunden beider Ehepartner, die der Witwe, Sterbende des verstorbenen Ehemannes. Das Stammbuch genügt nicht. Nebe der standesamtlichen Urkunden kostet 50 Pf. Da die Witwe minderjährige Kinder, so muß eine Auseinandersetzungsbefreiung des Vormundschaftsgerichts besorgt werden. 2. Das ist zulässig. Unterbrechung wird nicht gezahlt. 3. Nur im Wege der Namensänderung. Der Antrag ist beim Polizeipräsidenten zu stellen. Kosten 50 M. für den Fall der Bedürftigkeit. 4. Wenn ein solches von mehr als 30 000 Mark vorhanden ist, so erfolgt die Bereinigung zur dritten Steuerklasse, selbst dann, wenn das Mindesteinkommen nicht erreicht wird. 4. Der dritten Klasse.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Obfitzer Viertel. Bez. 206 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Frau Helene Thiele (Längischer Str. 34) gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Richthofes in Reinfuß, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung wird ersucht. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am 4. Mai verstarb unser Genosse, der Redarbeiter

Karl Wogt (Rehmer Str. 1, Postf. 880).

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Sophien-Richthofes in der Premerwälder Straße aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Zentralverband der Lederarbeiter Deutschlands. Filiale Berlin I.

Hiermit den Kollegen zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Welpger

Karl Wogt plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Sophien-Richthofes, Premerwälder Straße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Dankjagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sowie für die Kranzspenden sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders dem Gesangsverein Saarmanische Arbeiter, dem Verband der Metzler und Metzlerinnen und den Kolleginnen und Kollegen der H. G. O. (Abteilung Lederer) meinen besten Dank. 248

Witwe Luise Gelleke geb. Balzer.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim. Bezirk Stralau.

Am 3. Mai verstarb unser Genosse, der Gastwirt

Friedrich Reschke.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Stralauer Leichenhalle aus statt. Rege Beteiligung erwartet. 240/15 Die Bezirksleitung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Lichtenberg.

Den Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Friedrich Reschke (Lichtenbergstr. 5, am Sonnabend, den 3. Mai, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Dienstag, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle auf dem Stralauer Vorstichhof aus statt. Rege Beteiligung erwartet. 72/16 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg. Bezirk 9.

Am 3. Mai verstarb unser tätiger Genosse, der Schneider

Franz Langer im Alter von 40 Jahren.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des zweiten Schöneberger städtischen Friedhofes (Blante Höhe) aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 15/12 Der Vorstand.

Treffpunkt für Mitglieder des Gesangsvereins Schöneberger Männerchor 4 1/2 Uhr auf obigem Friedhofe.

Verb. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands. Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Kollege

Franz Langer am 2. d. Mts. im Alter von 40 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des 2. städtischen Friedhofes in Schöneberg (Blante Höhe) aus statt. 163/16 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Ludwig Pöpke am 27. April im Alter von 28 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Todesanzeige. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Paul Waldmann am 3. d. Mts. im Alter von 52 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 6. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Parochial-Richthofes, Borjagener und Rainiger Strahlen-Gäß, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 64/15 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Julius Mayerböck (Längischer Straße 17) im Alter von 37 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen St. Michaels-Richthofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 62/17 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Schneider

Franz Langer verstorben ist.

Dies zeigt hiermit tiefbetrübt an die trauernde Gattin nebst Kind, Schöneberg, Gulten-Wälder-Str. 31.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des 2. städtischen Friedhofes, Blante Höhe, aus statt. 49/1

Dankjagung.

Für die freundlichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sage ich allen Verwandten, Bekannten, sowie dem Verband Deutscher Gastwirtschaftlichen, dem Gesangsverein, Deutscher Gewerkschaftlichen und dem Männerchor meinen herzlichsten Dank. 7315

Witwe **Auguste Grau** nebst Kindern.

Verband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter Deutschlands. Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Hermann Gehloff im Alter von 62 Jahren an der Proletariatskrankheit gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Razarichthofes in Reinickendorfer-West, Stögelstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 22/6 Der Vorstand.

Dankjagung.

Für die zahlreichen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie den Mitgliedern des Lichterberger Arbeitervereins, des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte, der Kontrollkommission der städtischen Bäckerei und dem Gesangsverein „Lichterberger Männerchor“ meinen herzlichsten Dank. 67/1

Louis Wildner, Schankwirt, Lichtenberg.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.**

Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen. Amt IV, 3014.

Santa Lucia Stärkung Rotwein

Flasche 1500 2 Mk. Nachahmung bitte zurückweisen

Carmen Sylva Cigaretten

Beste Qualitäten

KIOS Cigaretten

Kurprinz 3/10 Fürsten 5 Welt-Macht 5 Auto-Klub 6 Aero-Klub 10 Kios-BZ Cigarette Stück & Päckchen

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12

Patzenhofer Kottbuser Damm 9. Empfehlung m. gutgepflegten Tiere

3 1/2 Zehntel 10 Pf. W. Kannemann.

Elegante **Herren-Moden** fertig u. nach Maß von 1 Mark wöchentliche Teilzahlung.

S. Boltuch Frankfurter Allee 75 Eingang Tilsiterstraße

Blumen- und Franzbinderei von **Robert Meyer,** Ind.: P. Golletz

Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 348.

Oskar Wollburg Trauer-Magazin

Berlin N., Brunnenstraße 56. Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Anton Boekers Fesisäle Weberstr. 17.

Tel.: Amt Königshof 13 414. Empfiehlt seine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Klein- und große Säle, großer Garten mit festlicher Theaterbühne sowie große Vereinszimmer stehen den geehrten Gewerkschaften und Vereinen jederzeit zur Verfügung. Ergebenst **Anton Boeker, Weberstraße 17.**

Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69.

Soeben erschien: **Die Kaserne**

Ein Roman aus dem Leben unter den Fahnen 2 von **Joh. Ferch.**

Preis broschiert 3 M., gebunden 4 M.

Ein österreichisches Seitenstück zu Beyerleins Roman: **Jena oder Sedan?**

Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Irrigator, Spritzen etc., **Suspensoren, sowie**

alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt **Fabrikant Pollmann,** jetzt Berlin N., Lethinger Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Heines Werke 3 Bände 4 Mark

Buchhandlung Vorwärts

KIOS Cigaretten

Kurprinz 3/10 Fürsten 5 Welt-Macht 5 Auto-Klub 6 Aero-Klub 10 Kios-BZ Cigarette Stück & Päckchen

Verband der Maler, Sackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Reichstr. 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachw.: Müsterstr. 9. Fernspr.: Amt Vorhpl. 4787. Fernspr.: Amt Norden 6706

Donnerstag, 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Sektions-Versammlung der Lackierer

im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15.

Tagesordnung:
1. Die allgemeine Lage im Lackierergewerbe. 2. Verbandsangelegenheiten.
Sie erwarten, daß die Vertrauensleute sowie die Mitglieder vollständig erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Sektionsleitung.

Steinarbeiter

Heute Dienstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Versammlung

aller in der Gesteinbranche beschäftigten Arbeiter.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Vorschläge zu Ergänzungen und Änderungen des Schriftscharvertrags.
Da die nächsten Tarifverhandlungen in eine Zeit fallen, in welcher nur wenige Kollegen in der Branche beschäftigt sind, ist es notwendig, daß alle Kollegen an den jetzigen Beratungen teilnehmen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Die Bureaus und Arbeitsnachweise sind der Feiertage wegen geschlossen: am Sonnabend, den 10. Mai, nachmittags; am Montag, den 12. Mai, und am Dienstag, den 13. Mai, den ganzen Tag.

Wegen der Landtagswahl sind die Bureaus und der Arbeitsnachweis des Verbandes, Engelufer 14, am Freitag, den 16. Mai, geschlossen.

Achtung! Arbeitslose. Achtung!

Arbeitslose Kollegen, deren Unterstützung am Sonnabend, den 10. Mai, und Montag, den 12. Mai, fällig ist, geben am Freitag, den 9. Mai, Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte im Arbeitsnachweis ab und erhalten am Sonnabend, den 10. Mai, vormittags, in der für Sonnabend festgesetzten Reihenfolge Geld. Die Unterstützung, welche am Dienstag, den 13. Mai, fällig ist, wird am Mittwoch, den 14. Mai, mit ausgezahlt.

Renofin

ist das neueste Reinigungsmittel für beschnitzte Hände.

Arbeiter jed. Berufes kann mit Renofin ihre Hände in wenigen Sekunden tadellos sauber bekommen. Preis 30 Pf. pro große Dose, zu beziehen durch die Renofin-Fabrik, Berlin-Britz, Rudower Str. 54. Proben werden gratis u. franko gesandt. Vertret. in all. Fabr. ges.



EIN GUTER TRUNK AM STAMMTISCH UND IM HAUSE sind unsere Biere, weil reich an Nährstoffen und arm an Alkohol, daher nahrhaft und bekömmlich. Überall zu haben in Flaschen, Kannen und Syphons.

BÖHMISCHES BRAUHAUS NO 18. Teleph.: Amt Köpenick 3088, 4089/90

Billige Backartikel.

Feinstes Kaiser-Auszugmehl	50 Pf.	20 Pf.
Deutsches Auszugmehl	50 Pf.	18 Pf.
Weizenmehl	50 Pf.	16 Pf.
Sultana, feinste Auslese	50 Pf.	70 Pf.
II.	50 Pf.	60 Pf.
Rosinen, große helle Frucht	50 Pf.	60 Pf.
Corinthen, feinste	50 Pf.	38 Pf.
Riesen-Mandeln, süß und bitter	50 Pf.	140 Pf.
Mandeln II., süß	50 Pf.	110 Pf.
Succade (Zitronat)	50 Pf.	68 Pf.
Feinste Hamburger Getreidehefe	50 Pf.	60 Pf.
Zucker, fein gemahlen	50 Pf.	20 Pf.
Feinste gemahlene Weizenmehl	50 Pf.	45 Pf.

Butter billiger! Feine Tafelbutter pro Pfund M. 1.40.

Georg Bethke

Zentrale: Berlin SO 33, Muskauer Str. 44.
Neukölln Treptow
Elbestraße 33, Kaiser-Friedrich-Straße 64, Graetzstraße 64.
Weserstraße 189, Friedelstraße 23.

Unsere Marine

2 Pfg.-Cigarette.

Georg A. Jasmaizi A.G.

größte deutsche Cigarettenfabrik Dresden.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling. Amt Norden, 2438.

Achtung!

Sie empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren **kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.** Geschäftszeit täglich von 10 1/2 - 1 Uhr mittags. Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand. NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 2. Quartal rot und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Wohlbehagen



empfindet jeder auf Continental Gummi-Absätzen. Erschütterungen des Körpers vermindert. Angenehm weicher, elastischer Gang. Dauerhafter als Leder. Fordern Sie daher stets von Ihrem Schuhmacher

Continental Gummi-Absätze

auch erhältlich in Lederhandlungen und Schuhgeschäften.

Schwelmer Gummiwaren-Industrie G. m. b. H., Schwelm i. W.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. - Wegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 3 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indischen Hanfextrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. - Greif-Apothek, Barnimstr. 33. - So nicht zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Stoffe

deutsch-engl. Neuheiten für Herren und Damen.

Einzelverkauf zu sehr billigen Preisen.

Tuch-Agentur, Yorekstr. 75. pt.

Ortskrankenkasse

für das

Töpfergewerbe zu Berlin.

Die Delegierten werden hiermit zu dem am Donnerstag, 15. Mai 1913, abends 8 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72, stattfindenden

General-Versammlung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung für 1912.
2. Beratung und Beschlußfassung über die neuen Satzungen nach der Reichsversicherungsordnung.
3. Sonstige Anknüpfungsangelegenheiten.

Die den Delegierten ausgehende Einladung legitimiert.

Der Vorstand. 271/14

H. M. Markmann, Vorsitzender.

Ortskrankenkasse

für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.

Am 16. Mai d. J. bleiben der Landtagswahlen wegen die Kassenräume

geschlossen.

Die an diesem Tage fälligen Krankengelder werden bereits am 15. Mai gezahlt.

Der Vorstand.

Richard Nürnberg, Vorsitzender, Jonas Stahl, Schriftführer.

Vorjährige

feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge, Smokings, Fracks auf Seide

30-70 M.

Versandhaus „Germania“, 21 Unter den Linden 21

Vornehme



Bekleidung

fertig und nach Maß

erhalten Sie in der modernen

Mass-Schneiderei

J. Kurzberg auf Wunsch Wochenrate



Nur: Rosenthaler Strasse 36

1. Etage.

Frankfurter Allee 104

Ecke Friedenstraße.

Reinickendorfer Str. 4

Weddingplatz.

Reiseführer.

Wanderkarten und

Bücher,

Kursbücher

hält stets am Lager

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69.

Urbin

det seh' ick jetzt ganz klar, putzt doch die Stiebel wunderbar!

In Dosen aller Grössen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.



Kinderschutzkommission der Arbeiterschaft Berlin und Umgegend.

Die Zentralstelle für Kinderschutzangelegenheiten befindet sich Berlin SW. 68, Lindenstr. 2, vorn 1 Treppe; Telefon: Amt Moritzplatz 14 629.

Arbeitsstellen über Verstöße gegen die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes, sowie über Mißhandlungen und Verwahrlosungen sind folgende:

Erster Kreis.

Frau Emilie Richter, Berlin NW 6, Karlstr. 11 II. Frau A. Kohn-Hart, Berlin SW 68, Schützenstr. 39, Stellvertreterin.

Zweiter Kreis.

Frau Elfe Seharth, Berlin SW 47, Bartenburgstr. 9, Hof IV. Frau Elisabeth Kretzien, Berlin S 59, Dieffenbachstr. 40, Hof II. Frau Emma Jakob, Berlin S 59, Gräfenstr. 38, v. II.

Dritter Kreis.

Frau Schröder, Berlin SW 68, Ritterstr. 56.

Vierter Kreis.

Frau Emma Böhl, Berlin SO 36, Forster Str. 44. Frau Rahl, Berlin SO 33, Cuvrystr. 3. Frau Elfe Bongart, Berlin O 17, Behmestr. 20.

Fünfter Kreis.

Frau Rosa Wolfstein, Berlin NO 43, Viehmannstr. 5, v. III. Frau Anna Kemig, Berlin NO 55, Jablonskistr. 27. Frau Walter, Berlin NO 55, Raugarderstr. 38.

Sechster Kreis.

Frau Minna Lohse, Berlin N 58, Oberberger Str. 20. Frau Minna Adler, Berlin N 37, Jöndstr. 30, v. IV. Frau Seelbach, Berlin N 4, Jüdischenstr. 138, v. IV.

Teltow-Deeslow-Charlottenburg.

Baumgartenweg, Frau Elfrida Haged, Kiehlstr. 180. Adlershof, Frau Adelheid Nürnberg, Waldstr. 58. Alt-Glienide, Frau Lehmann, Am Falkenberg 69.

Niederbarnim.

Berlin O 112, Frau Johanna Schulze, Alt-Vorhagen 1a. Frau Emilie Schilling, Rainzer Str. 25. Frau Frida Ritter, Croßener Str. 35.

Nachstehende Ärzte stehen in der Sprechstunde der Kinderschutzkommission für ärztliche Untersuchungen bei Mißhandlung und Verwahrlosung zur Verfügung:

Dr. Hermann Wehl, Berlin N 54, Lothringer Str. 67. Dr. Alfred Bernstein, Berlin SW 61, Wäckerstr. 61. Dr. Otto Stulz, Berlin NO 43, Neue Königstr. 19.

Jugendveranstaltungen.

Bankow - Nieder-Schönhausen. Die Arbeiterjugend veranstaltet am 1. und 2. Pfingstfesttag einen Ausflug. 1. Tag: Potsdam - Kaputh - Fern - Kloster Lehnin. 2. Tag: Werder - Bornstedt - Reckitz.

Marktpreise von Berlin am 3. Mai 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,92 bis 21,06, mittel 20,76-20,84, geringe 20,60-20,68.

Wartkassenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, aus Rosen 30,00-30,00. Speisebohnen, weiße 35,00-36,00. Linzen 35,00-36,00.

Witterungsübersicht vom 5. Mai 1913.

Table with columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Temp. u. d. Nacht, Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Temp. u. d. Nacht.

Wetterprognose für Dienstag, den 6. Mai 1913.

Kühl und veränderlich, vorherrschend wolkig mit etwas Regen und frischen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

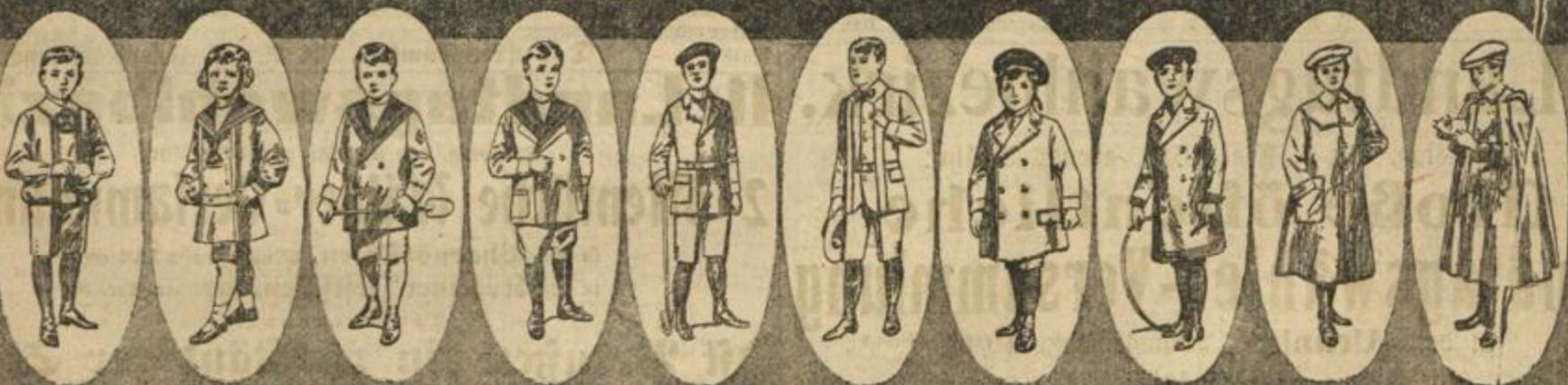
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Table with columns: Wasserstand, am 4. d., 3. d., 2. d., am 4. d., 3. d., 2. d., Wasserstand, am 4. d., 3. d., 2. d., am 4. d., 3. d., 2. d.

+) + bedeutet Sturz. - Rain. - *) Unterbeugl.

Deutsche und Französische

Knaben-Moden 1913



Anzug Usedom Manchester in Braun und Moos Für 2-3 jähr. Knaben 3 M. 50. Anzug Föhr Blauer Kammergarn-Cheviot mit Satin-Überkragen...

Hüte, Mützen, Wäsche, Krawatten für Knaben und junge Herren, in sehr großer Auswahl.

Moderne Kleidung für junge Herren

Table with columns: Blaue Cheviot-Anzüge, Farbige Jackett-Anzüge, Sport-Anzüge, Frühjahrs-Hlster, Loden-Pelerinen.

Neuester Haupt-Katalog No. 47 kostenfrei

Neuester Haupt-Katalog No. 47 kostenfrei

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29/30 BERLIN 11 Brückenstraße 11 Große Frankfurter Str. 20 Gegr. 1851 Schöneberg, Hauptstr. 10

Bestellungen von außerhalb werden prompt ausgeführt. Alters-Angabe erforderlich. Von 20 Mark an franko.

Herbsttragend schöne Modelle u. Reismuster für Knaben bis zum Alter von 15 Jahren. In Stoffe und Verarbeitung zu erstaunlich billigen Preisen.

1. Berl. Landtagswahlbezirk.

Dienstag, den 6. Mai 1913, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in Nibles Festsälen,

Deunowstr. 13:

Öffentliche Wählerversammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kandidaten Genossen Hugo Poetzsch.
2. Aufstellung der Wahlmänner.
3. Diskussion.

Das Landtagswahlkomitee.

J. N.: Max Appel, Wilowstr. 53.

3. Landtagswahlbezirk.

Am Dienstag, den 6. Mai 1913,

abends 8 Uhr

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58-59
und bei Graumann, Raunynstraße 27:

Zwei

Öffentl. Wählerversammlungen.

Tagesordnung:

„Die preussischen Landtagswahlen!“

Referenten: Reichstagsabg. Otto Bächner und Stadtverordneter Dr. Kurt Rosenfeld.

Diskussion.

In beiden Versammlungen: Ansprache des Kandidaten Theodor Glocke.

Das Landtagswahlkomitee. J. N.: August Vogl, Raunynstr. 30.

Vierter Landtagswahlbezirk.

Wähler-Versammlung

am Dienstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr,
im „Hoffjäger-Palast“, Hasenheide 52/53.

Tagesordnung:

1. Der Freiheitskampf in Preußen.
2. Diskussion.

Referent: Landtagskandidat Dr. Alfr. Bernstein.

Das Wahlkomitee.

J. N.: Gustav Häußer, Alexandrinenstraße 109.

5. Landtagswahlbezirk.

Dienstag, den 6. Mai 1913, abends 8 Uhr:

Große öffentliche Landtagswähler-Versammlung

in der „Urania“, Brangelstraße 10/11.

Tagesordnung:

Die bevorstehende Landtagswahl.

Referent: Landtags-Abgeordneter Adolf Hoffmann.

Das Wahlkomitee.

Sechster Landtagswahlbezirk

Dienstag, den 6. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,

in den Konzert- und Festsälen, Koppenstraße 29,

früher Kellers Festsäle:

Große öffentliche

Wähler-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Preußen als Hemmschuh im Deutschen Reich.

Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Ph. Scheldemann.

2. Freie Diskussion.

Landtagswähler! Erscheint in Massen zu dieser Versammlung.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

J. N.: Fritz Ruf, Koppenstraße 3.

Wähler des 7. Landtags-Wahlbezirks!

Dienstag, den 6. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Drei öffentl. Wähler-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

„Prachtsäle des Ostens“, Frankfurter Allee 151/152,
Etablissement „Elysiun“, Landsberger Allee 40/41,
„Brauerei Friedrichshain“, Am Friedrichshain 16/23.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Das preussische Volk und die Landtagswahlen!“

Referenten sind die Reichstagsabgeordneten: Silber Schmidt, Otto Wels und Fritz Zubeil.

Ansprache des Kandidaten des 7. Landtagswahlbezirks

Paul Hirsch.

Wähler des 7. Landtagswahlbezirks! Genossen und Genossinnen! Erscheint in Massen in diesen Versammlungen! Der alleinige bürgerliche Kandidat ist zur Versammlung im Friedrichshain dringlich eingeladen.

9. Landtagswahlbezirk

Dienstag, den 6. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Vier große Wählerversammlungen

in den Lokalen

Milasäle, Schönhauser Allee 130. — Süßmilchs Festsäle, Bornholmer
Straße 7. — Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42.

Frankes Festsäle, Badstraße 19.

Tagesordnung:

1. Der Kampf um den preussischen Landtag.
2. Diskussion.

Referenten: Redakteur Karl Leib, Redakteur Hans Weber, Stadtverordneter Emil
Böcke, Schriftsteller Emil Eichhorn.

Das Landtagswahlkomitee. J. N.: P. Dobrowolow, Schlemmerstraße 39.

10. Landtagswahlbezirk.

Dienstag, den 6. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,

in den Germaniasälen, Chausseestraße 110:

Große öffentliche

Wähler-Versammlung!

Tagesordnung:

1. „Der Preussische Landtag.“
Referent: Dr. Hermann Weyl.
2. Proklamierung eines Kandidaten für
den 10. Landtagswahlbezirk.

Die Frauen des 10. Landtagswahlbezirks werden aufgefordert, sich zahlreich an der
Versammlung zu beteiligen.

Das Wahlkomitee. J. N.: E. Joseph, Stromstr. 36.

11. Landtagswahlbezirk

Dienstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr:

2 öffentliche Wähler-Versammlungen

in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 142 und
in den Kösliner Festsälen, Kösliner Str. 8.

Tagesordnung:

Ist Preußen ein rückständiger Staat?

Referenten: Stadtverordneter Theodor Fischer
und Landtagsabgeordneter Dr. Karl Liebknecht.

Mittwoch, den 7. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Öffentliche Wähler-Versammlung

im Kastanienwäldchen (Zuhaber Walter), Badstraße 16.

Referent: Landtagsabgeordneter Dr. Karl Liebknecht.

In allen Versammlungen: Freie Diskussion.

Die Frauen sind zu diesen Versammlungen ebenfalls eingeladen.

Das Wahlkomitee. J. N.: Friedrich Stäffer, Hochhäuser Str. 16.

Ohne jede Anzahlung

erstklassigen Fabrikat
Pianos
Flügel und Harmoniums

Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Ch. 10410.

Auch Sonntags geöffnet.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Landtagswähler-Veranstaltungen! Die große Zahl der heute stattfindenden Landtagswähler-Veranstaltungen macht es unmöglich, in jede derselben einen Bericht zu verfassen...

Dritter Landtagswahlbezirk. Heute Dienstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, finden zwei öffentliche Wähler-Veranstaltungen in den „Kaminhallen“...

Siebenter Landtagswahlbezirk.

Am Dienstag, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, finden drei öffentliche Versammlungen statt, in den Prachtzäunen des Ostens, Frankfurt Allee 151/152...

12. Landtagswahlbezirk.

Wittmoos, den 7. Mai 1913, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Wähler-Veranstaltung im Saale des Café Gärtner, Holzsteiner Ufer 27/28...

Landtagswahlkreis Ober- und Nieder-Barnim.

Folgende Versammlungen finden statt: Heute, Dienstagabend, in Erkner 8 1/2 Uhr im Alten Krug, Joh. Degebrodt...

Morgen, Mittwoch:

Mahlsdorf 8 1/2 Uhr im Lokal von Anders, Bahnhofstraße. Stralau 8 1/2 Uhr Alte Tavernen, Alt-Stralau 25/26...

Am Donnerstag, den 8. Mai:

Eberwalde: Referent: Genosse A. W. Schulze. Freienwalde: Referent: Genosse J. Käppler. In beiden Versammlungen: Ansprache des Kandidaten A. Hofer.

Das Zentralwahlkomitee.

Charlottenburg. Eine Volksversammlung findet morgen, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Kollnseeufer 3, statt...

Wilmerdorf. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Landtagswähler-Veranstaltung im „Johann-Georg-Haus“...

Steglitz. Morgen Mittwoch in allen Jahlabendlokalen Bezirksversammlungen; für den Südender Ortsteil bei Dahl.

Pankow. Heute, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Kurfürsten“, Berliner Str. 102, öffentliche Versammlung...

Berliner Nachrichten.

Um die Insel Potsdam.

Wer Freude an der Natur hat, wird die kommende Jahreszeit besonders dazu ausnützen, in seiner freien Zeit hinaus ins Freie zu wandern. Er wird bald erkennen, daß auch die Umgegend Berlins eine Fülle des Interessanten und Aromatischen bereithält...

Die etwa 4 Stunden währende Fahrt wird von einem besonders gebauten Salon-Dampfer „Kronprinz Friedrich“ ausgeführt, der auf tadelloser Verpflegung der Passagiere zugeschnitten ist...

Die Tour wird am 18. Mai eingerichtet.

Die Indienststellung der neuen Schiffstypen der Teltower Kreis-Schiffahrt. Das neue Motorschiff „Tempelhof“ ist von der Teltower Kreis-Schiffahrt jetzt in den Verkehr eingestellt...

Billets zu den Volkskonzerten des Philharmonischen Orchesters sind unter anderem in der Zeitungs-Expedition von Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, zu haben.

Vom Zweckverband.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Bernuth fand am Montag eine Sitzung des Zweckverbandes des Zweckverbandes Groß-Berlin im Berliner Rathaus statt...

Großfeuer in der Mühlenstraße.

Ein gewaltiger Brand, der an die Feuerwerke die größten Anforderungen stellte, am Montag früh kurz vor 6 Uhr auf dem eisenbahnstatischen Gelände Mühlenstr. 11, dicht am Schlesischen Güterbahnhof, zum Ausbruch...

In den Mittagsstunden war der ganze Platz noch von dichten

weißgrauen Rauchwolken belagert. An allen Ecken standen die Feuerwehrrtrupps und gaben unangeseht Wasser in die brennenden Papierstapel...

Jung-Deutschland zu Wasser.

Behördliche Protektion hat dafür Sorge getragen, daß Jung-Deutschland auch zu Wasser alle möglichen Begünstigungen erhält. Wir haben schon früher berichtet, daß in Sabowa ein Bootshaus zur Verfügung gestellt worden ist...

In dem festlich geschmückten Bootshaus sah man unter anderem: Vizeadmiral v. Schuckmann und Kapitän zur See v. Krotha vom Marinekabinett, Geh. Oberregierungsrat Friedheim, Regierungsrat Dr. Lindemann und Baurat Schulz vom Berliner Polizeipräsidium...

Die Namen der Festteilnehmer sagen mehr als kritische Worte dies vermöchten.

Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde hat 500 Mark Belohnung zur Ermittlung der Diebe ausgesetzt, die in das jüdische Gemeindehaus eingedrungen sind.

Bei einem Audausschlag schwer verunglückt ist Sonntagnachmittag die 26 Jahre alte unverheiratete Marie Strenge aus der Köpenicker Straße 104...

Durch die Decke beabsichtigte in der vergangenen Nacht ein unbekannter Dieb in der Friedrichstraße in ein Goldwarengeschäft einzubrechen. Seine Mühe war jedoch vergeblich. Der unbemerkte Gast, ein junger Mann von 25 Jahren, lehrte Sonntagabend mit harnloser Miene ein und ließ sich ein Zimmer im ersten Stock geben...

Die Angst über die Dächer ist zu einer Einbrecherpezalität geworden, die sich nachgerade zu einer bedenklichen Gefahr für Mieter und Hauswirte entwickelt. Die Gefahr für die Hausbewohner kennzeichnete dieser Tage in einer Gerichtsverhandlung ein Einbrecher, der vor einiger Zeit mit einem Komplizen im Hause Gleimstr. 17 bei nächtlicher Bodenjagd mit Hilfe eines großen Schutzmantels aufgebots gefahrt worden war...

Dieser Vorgang sollte alle Hauswirte zu größerer Vorsicht mahnen. Selbst wenn die Mieter der oberen Stockwerke gegen Feuerfahnen versichert sind, erleiden sie bei einem umfangreichen Dachstuhlbrand meist sehr erheblichen Schaden...

Erschossen hat sich der Kaufmann Alfred Hanisch aus der Velfoster Straße. Hanisch war an einer großen Nähenfabrik beteiligt, die aber nicht florierete.

Eine erschütternde Liebestragödie spielte sich gestern nachmittag im Norden der Stadt ab. In einem Pensionat in der Invalidenstr. nahm gestern vormittag ein russischer Major Wittig, der in Dresden verheiratet und Vater von zwei Kindern ist, und seine Geliebte, eine 22 Jahre alte, aus Rheinsberg gebürtige Arbeiterin Lina Seifert, ein gemeinsames Zimmer. Beide waren kurz vorher aus Dresden, wo sie zuletzt in Arbeit standen, hierhergekommen...

der Verzeihung ließ B. jetzt zu einem Schmann, vor dessen Augen er zusammenbrach. Auf der Hilfswache, wo ihn sofort gebracht wurde, wurde dem Manne sofort der Magen ausgepumpt und dann die sofortige Überführung nach der Charité angeordnet. Hier erholte sich B. bald wieder soweit, daß er vernommen werden konnte.

Das neue Aquarium im Zoologischen Garten geht auch innen jetzt rasch seiner Vollendung entgegen. Seit einigen Tagen sind bereits die ersten Probestufen mit Wasser gefüllt, um die Lichtwirkung zu beobachten und das Mauerwerk anzulassen. Interessanter dürfte viele Kreise, daß die Glaswände vor den mittleren und größeren Becken eine Dicke von 4 Zentimeter haben, um dem starken Wasserdruck Widerstand zu leisten. Einen besonderen Anziehungspunkt dürfte der riesige Raum im Mittelbau bilden. Als Urtwaldfluß künstlich nachgebildet, wird er Krotoblie und Schildkröten aufnehmen, die man — als aparte Neugier — auch beim Schwimmen unter Wasser vor unten her beobachten kann.

Vorort-Nachrichten.

Eine Gründungsgeschichte.

Von der Terrain- und Bau-Aktiengesellschaft Berlin-Lankwitz, die im Sommer 1912 als ein Kind der Lankwitzer Terrain- und Baugesellschaft m. b. H. ins Leben trat, erzählt man sonderbare Dinge. Es wird behauptet, daß bei der Gründung der Aktiengesellschaft nicht alles so zugegangen sei, wie das Gesetz es vorschreibt, und daß man gegen die finanziellen Gebahren große Bedenken haben müsse. Der letzte Direktor der Aktiengesellschaft, Herr Strohmann, der Ende Oktober 1912 auf diesen Posten kam, hat selber im Februar 1913 das Amtsgericht und später die Staatsanwaltschaft ersucht, den Gründungsübergang sowie die finanzielle Grundlage der Gesellschaft zu prüfen. Seine Beschuldigungen sind dann von dem Organ der Grundbesitzervereine, der „Lankwitzer Abend-Zeitung“, wiedergegeben und in einer Reihe von Artikeln ausführlich besprochen worden.

Die Gemeinde Lankwitz hat ein sehr lebhaftes Interesse an der Angelegenheit, einmal aus dem sozigen persönlichen Grunde, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrats dieser Aktiengesellschaft der Gemeinde- und Amtsversteher Dr. Seyendorff ist, und dann vor allem aus dem rein sachlichen Grunde, daß die Gemeinde einen Teil des Kapitals jener Terrain- und Baugesellschaft m. b. H. hergegeben hat und somit jetzt indirekt auch zu den Teilhabern der Aktiengesellschaft gehört. Ueber die vorgebrachten Beschuldigungen hat die Gemeindevertretung bereits verhandelt, aber leider nicht in öffentlicher, sondern in geheimer Sitzung, wodurch nicht weniger als Verwirrung erzielt worden ist. Auch eine Erklärung zugunsten des Gemeindevorstehers und Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Seyendorff, die von den bürgerlichen Gemeindevertretern unterschrieben und veröffentlicht wurde, hat die Angreifer nicht zum Schweigen gebracht.

Strohmanns Auffassung und Darstellung des Sachverhalts, wie er sie in seiner Anzeige vorgetragen hat, läuft darauf hinaus, daß die Aktiengesellschaft ohne erhebliches Bargeld gegründet, aber bei der Gründungseintragung dieser Umstände durch Herausziehung geliehener Gelder bedingt worden sei. Begründet wurde die Aktiengesellschaft von der schon erwähnten Lankwitzer Terrain- und Baugesellschaft m. b. H., ferner von dem Architekten H. Sinnig-Steglich, dem Sanitätsrat Dr. W. Olden-Lankwitz, dem Gutsherrn Friedr. Dilges-Lankwitz und schließlich einem Rechtsanwaltsbüro angeführten W. Stein-Berlin. Der fünfte Mann war nötig, weil § 182 des Handelsgesetzbuchs die Mindestzahl der Gründer und Aktienübernehmer auf fünf bestimmt. Von dem auf 1 000 000 M. bezifferten Grundkapital der Aktiengesellschaft übernahm aber Stein nur 1000 M., ferner Dilges 50 000 M., Olden 50 000 M., Sinnig 150 000 M., im übrigen die G. m. b. H. 749 000 M. Einzahlt wurden werden mindestens 25 Proz. dieses Kapitals, d. h. 250 000 M. Strohmann glaubt aber zu wissen, daß zunächst nur Olden und die Erben des verstorbenen Dilges je 25 Proz. ihrer Anteile, nämlich 12 500 M. und 12 500 M., zusammen 25 000 M., bar eingezahlt hätten. Sinnig habe keine Barzahlung geleistet, weil er an die Gesellschaft Forderungen aus Bauarbeiten hatte, und ebenso habe die G. m. b. H. zunächst sich Barzahlung erpart und mit Hereingabe von Rechten sich begnügt. Die an den 250 000 M. fehlenden circa 225 000 M. seien, um der gesetzlichen Vorschrift zu genügen, von anderer Seite nur — so meinte Strohmann — vorübergehend hergeliehen worden.

Direktor Strohmann gewann diese Auffassung von dem Gründungsübergang nicht sogleich nach Eintritt seines Amtes, sondern erst im Laufe der nächsten Monate. Als dann die Aktiengesellschaft, die bereits einige Bauten in Ausführung hatte, nach Aufsichtsratsbeschluss ihr Arbeitsgebiet durch Ausweitung von noch mehr Bauten erweitern sollte, hielt Strohmann es für seine Pflicht, das nicht mitzumachen. Er glaubte, daß es der Aktiengesellschaft, wenn ihr auch inzwischen weitere Vorzahlungen auf die von den Gründern übernommenen Anteile zugeflossen waren, an den zur Hebernahme noch größerer Engagements erforderlichen Mitteln fehle. Dem Aufsichtsrat teilte er das mit, zugleich aber erstatte er die schon erwähnte Anzeige beim Amtsgericht und später bei der Staatsanwaltschaft, um eine behördliche Revision herbeizuführen. Der Aufsichtsrat beantwortete dieses Vorgehen mit der sofortigen Entlassung des widerständigen Direktors Strohmann, die dieser für ungerechtfertigt erklärte. Inzwischen hat das Gericht um die über den Gründungsübergang usw. aufgestellten Behauptungen Strohmanns zu prüfen, in Ermittlungsverfahren eingesetzt.

Die „Lankwitzer Abendzeitung“ richtete in der Pressefrage, die sie begann, ihre Angriffe besonders gegen den Gemeindevorsteher Dr. Seyendorff, den mit Anspruch auf Rentieren nebst 20 M. Pension, gelegenen Aufsichtsratsvorsitzenden, dabei brachte sie auch zur Sprache, daß der Gemeindevorsteher und Aufsichtsratsvorsitzende die Vergabe von Gemeindegeldern mit der Förderung von Interessen der Aktiengesellschaft zu verbinden gesucht habe. Bei der Ausfertigung des Anzeigenscheines habe, so wird in dem genannten Blatt behauptet, er den Zuschlag abhängig machen wollen von der Bedingung, der Gesellschaft zwei ihrer Baustellen abzulassen. Ob eine der sich bewerbenden Firmen auf diese Bedingung sich hat einlassen wollen, geht aus der Darstellung des Blattes nicht klar hervor.

Gegenüber all diesen Angriffen muß man wünschen, daß volle Klarstellung herbeigeführt wird. Infolge der engen Beziehungen zwischen Gemeinde und Terraingesellschaft erfordert es das Interesse der gesamten Einwohnerschaft, daß Licht über die Verhältnisse der Gesellschaft verbreitet wird. Wie weit das vom Gericht eingeleitete Ermittlungsverfahren gediehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Wilmersdorf-Galasse.

Städtische Anstaltsmittel? Die Stadtverordnetenversammlung hat sich gegenwärtig mit drei Vertragsentwürfen zu beschäftigen, die von der Verpackung der Kaffeemischungen, dem Verkauf literarischer Erzeugnisse und die Aufstellung von Automaten auf den Bahnhöfen der städtischen Untergrundbahn handeln. An diesen Verträgen interessiert uns besonders die Bestimmung über den Druckchriftenvertrieb. Sie lautet im wesentlichen: Der Unternehmer ist verpflichtet, den Vertrieb literarischer Erzeugnisse hauptsächlich der Nachfrage des Publikums entsprechend einzurichten, den Verkauf mit dem Eifer und der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes wahrzunehmen und allen Wünschen der Stadtgemeinde hinsichtlich der Führung seines Betriebes nachzukommen. Er hat ein Verzeichnis aller von ihm feilgehaltenen Zeitungen und Zeitschriften an der Stadtgemeinde vorzuliegen und ein gleiches Verzeichnis an jeder Verkaufsstelle anzulegen. Der Unternehmer darf bestimmte buchhändlerische Erzeugnisse nicht vertreiben, sobald dies

von der Stadtgemeinde, der betriebsführenden Gesellschaft, der Polizei oder den Aufsichtsbehörden verlangt wird. Das Hefthalten anstößiger Schriften und Bilder ist unbedingt verboten.

An diesen Vorschriften fällt zunächst auf, daß die Stadtgemeinde darin freiwillig nicht nur für die Polizei und die übrigen Regierungsbehörden, sondern auch für die Betriebsgesellschaft, an die sie die Bahn verpachtet hat, das Amt des Büttels übernimmt. Daß der Magistrat sich das Recht wahren will, etwa die Schulbibliothek vom Bahnhofsbuchhandel fernzuhalten, ist noch verständlich; aber welches Interesse hat die Stadtbehörde, der Polizei und gar der Betriebsgesellschaft das Recht beliebiger Bevormundung einzuräumen? Wohlgerichtet handelt es sich in der von uns abgedruckten Vorschrift nicht um die polizeiliche Ausübung gesetzlicher Rechte; diese im Vertrag festzulegen, ist überflüssig, weil die Polizei von solchen Rechten ohnedies Gebrauch machen wird. Die in Betracht kommende Bestimmung hat keinen anderen Zweck, als der Polizei die uneingeschränkte Befugnis einzuräumen, durch einen dem Unternehmer gegebenen Wink oppositionelle Zeitungen vom Verkauf auszuschießen; und eine ebensolche uneingeschränkte Vollmacht soll die Betriebsgesellschaft für den Fall erhalten, daß ihr einmal irgendein Zeitungsartikel nicht gefallen könnte. Nun mag der Magistrat die Entschuldigungen haben, daß der Vertragsentwurf nur eine Abschrift der auf den Bahnhöfen der Hoch- und Untergrundbahn in Geltung befindlichen Verträge ist. Aber gerade dieser Umstand gebietet der Stadtgemeinde, entwerfende Zurechnungen von sich zu weisen. Denn ganz nach dem Muster der Eisenbahnbehörde wird hier bereits eine unerhörte Bevormundung geübt. Die gelestenen Berliner Zeitungen, wie der „Vorwärts“, einige Monatsblätter, der „Simplizismus“, sind auf den Untergrundbahnhöfen nicht zu kaufen, weil bei in Betracht kommende Hofbuchhändler, sei es freiwillig oder gezwungen, sie vom Vertrieb ausschließt. Hier hat die Stadtverordnetenversammlung einzufügen, falls sie nicht Organ der Polizei- und Unternehmervöllerei, sondern Vertrauenskörperlichkeit der gesamten Einwohnerschaft sein will. Der Vertrag entspricht nur dann der Billigkeit, wenn er die ausdrückliche Bestimmung enthält, daß aus politischen oder religiösen Gründen kein Druckerzeugnis vom Verkauf ausgeschlossen werden darf. Will der Buchhändler Stille, den der Magistrat in sein Herz geschlossen hat, sich auf eine solche Vertragsbestimmung nicht einlassen, so gibt es genug andere Unternehmer, die froh sind, wenn eine Stadtgemeinde sie von lästigen Heffeln befreit und ihnen Gelegenheit gibt, am Verkauf möglichst vieler Zeitungen, und zwar solcher, die dem Bescheidurfnis des Publikums entsprechen, sich selbst und auch dem städtischen Säckel zum Nutzen und Verdienen.

Charlottenburg.

Eine neue Stiftung soll durch die Stadt errichtet werden. Das hängt zusammen mit einer nachträglichen Erörung des verstorbenen Oberbürgermeisters Schusters, aus dessen Namen eine für die der Stadt durch Privatdienstvertrag verpflichteten Personen zu errichtende Stiftung lauten soll. Diese Stiftung soll mit einem Kapital von 50 000 M. versehen werden, aus dessen Zinsen für die Hinterbliebenen der städtischen Privatdienstverpflichteten Unterstufen bis zum Höchstbetrage von 500 M. im Einzelfall und pro Jahr gewährt werden können.

Das würde die vierte Stiftung dieser Art in Charlottenburg sein; denn bisher bestanden: für die städtischen Ehrenbeamten und deren Hinterbliebenen die Freißer-von-Stein-Stiftung, für die städtischen Beamten die Freische-Stiftung und für die städtischen Arbeiter die Jubiläums-Stiftung von 1905. — Die man aber auch bei diesen Stiftungen die Arbeiter am wenigsten bedachte, geht aus folgender Gegenüberstellung hervor: Die Freische-Stiftung hat bei annähernd tausend interessierten Beamten ein Kapital von 100 000 M., die Schusters-Stiftung wird für 600 Privatdienstverpflichtete 50 000 M. Kapital zur Verfügung haben, während die Jubiläumsstiftung, an der gegen 2000 Arbeiter beteiligt sind, nur mit einem Kapital von 30 000 M. ausgestattet wurde. Da wäre es schon lange angebracht gewesen, den Fonds dieser Stiftung und damit auch den Kreis ihrer Wirksamkeit zu erweitern; denn wenn man schon zur Errichtung von Stiftungen schreitet, soll man mit ihnen die sozialen Ungerechtigkeiten auszugleichen versuchen, nicht aber sie verstärken.

Die Errichtung eines städtischen Waisenhauses wird nun endlich aus dem Stadium der Erwägungen heraus kommen und zur Wirklichkeit werden. Denn die Stadt Charlottenburg hat bis jetzt noch keine Unterkunftsstätte für die Waisen. Nun soll endlich ein Waisenhaus gebaut und die bisher im Bürgerhaus in der Sophie-Charlotten-Strasse untergebrachten Kinder sollen in das eigene Heim übergeführt werden.

Das neue Gebäude wird sich als ein Flügel an das Bürgerhaus anschließen und für 100 Betten eingerichtet werden. Auf den ersten Blick dürfte das etwas sehr unzulänglich erscheinen. Aber es ist geplant, im allgemeinen die über 6 Jahre alten Waisen nicht dauernd in der Anstalt zu behalten, sondern diese Kinder nach vorausgegangener Unternehmung und Beobachtung in gut ausgewählte und sorgfältig übernahmene Familien unterzubringen. Nur die mit körperlichen oder geistigen Mängeln behafteten Kinder, die anderwärts nicht unterzubringen sind, werden im Waisenhaus behalten, wofür für die keinen Zufällen auch die Errichtung eines besonderen Unterrichts vorgeesehen werden soll.

Für den Bau, dessen vollständige Herstellung bis zum 1. Oktober 1914 geplant ist, sollen 800 000 M., von denen 22 000 M. auf die innere Einrichtung zu verwenden sind, ausgegeben werden.

Friedenau.

Bei der Gemeindevertreterswahl für die dritte Klasse wurde der Kandidat der vereinigten Ordnungsmänner, Herr Wädernmeister Wernke, einstimmig gewählt. Er erhielt 507 Stimmen, was einen Rückgang der bürgerlichen Stimmen gegen die Hauptwahl im Jahre 1912 von 200 bedeutet. Unsere Genossen hatten, wie berichtet, Stimmhaltung beibehalten. Von bürgerlicher Seite waren zuerst zwei Kandidaten aufgestellt; und zwar vom Haus- und Grundbesitzerverein der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Wendland, während Herr Wernke vom Handel- und Gewerbeverein präsentiert wurde. Nach festigen Auseinandersetzungen innerhalb der verschiedenen Spitzvereine trat der nationalliberale Schatzmeister von seiner Kandidatur zurück. Er betonte dabei, daß er diesen Schritt nur tue, um eine Zerplitterung der bürgerlichen Stimmen dem gemeinsamen Feinde, der Sozialdemokratie, gegenüber zu vermeiden. Diesem gefährlichen Gefellen gegenüber garantierte nur eine berührte und am Orte populäre Persönlichkeit einen Erfolg. So einigte man sich denn auf den hiesigen Wädernmeister, von dem man zu berichten weiß, daß er schon 25 Jahre im Orte wohnt, über 40 Jahre alt ist und dessen Kundenkreis noch ständig zunimmt.

Wie es einem aufrichtigen Mann unter den Fortschrittlichen gehen kann, zeigt ein Beispiel, das sich hier in der letzten Zeit ereignete. Gelegenheit der Stadtverordneten berieteten wir von einem Konflikt zwischen dem schon bestehenden Betriebsrat für Jugendpflege und dem Gemeindevorstand, der damit endete, daß der bisherige Vorsitzende dieses Ausschusses, ein Gemeindegeldverwalter, seinen Posten niederlegte. Er teilte dies unter Angabe der Gründe dem Gemeindevorstand mit, worauf derselbe ihm eine scharfe Antwort erteilte. In einer Sitzung des genannten Ausschusses, an der als Vertreter des Gemeindevorstandes der Schiffe v. Brochm teilnahm, bezeichnete der Gemeindevorordnete Kallbrenner das Schreiben des Gemeindevorstandes als regelhaft einem Manne gegenüber, der seines Bedachtens nach so viel für die Jugend getan habe. Herr v. Brochm setzte in seinem Bericht dem Gemeindevorstand von dieser Äußerung des Herrn Kallbrenner in Kenntnis; derselbe hat darauf einen Antrag auf Strafverfolgung gegen Herrn Kallbrenner angenommen. Es bot sich hier den Herren eine willkommene Gelegenheit, dem ge-

nannten Gemeindevorordneten, der ihnen durch seine bei einem Bürger-Vertreter sonst so seltene ehrliche Kritik schon manche böse Stunde bereitet hatte, eins auszuweichen. Daß Herr K., der Staatsbeamte ist, es nicht auf eine Klage ankommen lassen werde, darüber schienen sich die Herren klar zu sein. Es mußten also Mittel und Wege gefunden werden, eine Demütigung desselben vor aller Öffentlichkeit durchzuführen. Gelegentlich eines Schmauses, den der Gemeindevorordnete Herr Kommissionsrat Sachz den Gutgefinnten der Gemeindevertretung spendierte, wurde der Operationsplan entworfen. Der Verleger des Ortsblattchens, Herr Leo Schulz, wurde dazu gewonnen, die Angelegenheit noch einmal in öffentlicher Sitzung anzuführen. Die Herren Walger und Brochm erzählten dabei in rührendem Schmerz, wie sehr sie sich gekränkt fühlten, zugleich betonten sie, daß Herr Kallbrenner nur durch eine genügende Entschuldigungen sich der Strafverfolgung entziehen könne. Herr Kallbrenner erklärte denn auch, daß er als mittlerer loyaler Staatsbeamter es nicht auf eine Klage ankommen lassen könne, und er nehme das, was er gesagt habe, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Diese Erklärung genigte den Herren nicht. Sie verlangten eine bedingungslose Bitte um Entschuldigung, die denn auch von Herrn Kallbrenner abgegeben wurde. Zur Aufklärung des Vorbegehens sei bemerkt, daß Herr Kallbrenner Vorsitzender des Ortsvereins der Fortschrittlichen Volkspartei ist. Er wurde, als Herr Kraus zu Anfang des jetzigen Landtagswahlkampfes nicht mehr kandidieren wollte, als Landtagskandidat der Fortschrittler genannt. Herr v. Brochm bekleidet den Posten des zweiten Vorsitzenden im Fortschrittlichen Verein, während der dritte im Bunde, Herr Leo Schulz, den Posten des Schatzmeisters inne hat. Da sich nirgends in der fortschrittlichen Organisation ein Protest gegen diese eigenartige Betätigung der Parteigenossenchaft der Herren v. Brochm und Schulz bemerkbar machte, ist Herr Kallbrenner von seinem Posten zurückgetreten.

Steglitz.

Der Bericht des Gewerbegerichts für das abgelaufene Geschäftsjahr konsolidiert zum ersten Male seit Bestehen der Institution einen Rückgang der Klagefälle. An und für sich könnte man diese Tatsache begrüßen; man würde jedoch sehr gehen, daraus den Schluß zu ziehen, daß sich jene Klasse von Arbeitgebern „gebessert“ habe, die das Zahlen für ihnen geleistete Arbeit als eine lästige Pflicht empfinden, deren Erfüllung sie sich mit allen Schikanen zu entziehen versuchen. Die wahre Ursache dürfte vielmehr in dem Darniederliegen des Bauhandwerks zu suchen sein, wie die spezialisierten Zahlen ergeben. Im ganzen wurden im letzten Jahre 260 Klagen gegen 313 im Vorjahre erhoben, das ist ein Weniger von 53. Auf das Baugewerbe entfielen 114 gegen 102 im Vorjahre, also weniger 48 Klagen, die man wohl mit ziemlicher Sicherheit auf die geringe Beschäftigung der Bauhandwerker zurückführen darf, wodurch sich naturgemäß die Klagenfälle vermindern müssen. Das Fabrikgewerbe ist mit einem Plus von 10 (14 gegen 24) vertreten, wohingegen die Sammelrubrik „Andere Gewerbe“ eine kleine Zunahme von 5 Klagen (132 gegen 127) aufweist. Auch hier spiegelt sich die „Konjunktur“ deutlich wider, denn nicht weniger als 17 Klagen wurden von K i n e m a t o g r a p h e n gegen ihre Arbeitgeber angestrengt, gegen nur zwei im Vorjahre. Entsprechend der verminderten Zahl der Klagen sank die Zahl der Termine vor dem Vorsitzenden allein von 392 auf 271, vor dem Spruchgericht von 109 auf 101, die Anzahl der Terminstage von 76 auf 67 vor dem Vorsitzenden und von 28 auf 20 vor dem Spruchgericht. Die weitaus meisten Klagen waren auf Forderung rückständigen Lohnes gerichtet, nämlich 205. Die Zahl der Klagen betrug im ganzen 310, davon 27 weibliche. Die Schnelligkeit in der Erledigung der Klagen (neben der Billigkeit einer der Hauptvorzüge der gewerblichen Rechtsprechung) hat leider eine Verzögerung erfahren, deren Ursachen nicht aus dem Bericht zu ersehen sind. Die Prozedurdauer betrug bis zu einer Woche bei 43,28 Prozent (im Vorjahre 61,65 Prozent), bis zu zwei Wochen bei 20,88 Prozent (16,78 Prozent), bis zu 1 Monat bei 25,28 Prozent (18,15 Prozent), bis zu 3 Monaten bei 10,02 Prozent (8,08 Prozent) der Klagenfälle. Die geringste Klageforderung war 20 M., die höchste 906 M. Daß die Rechtsprechung nach dem Empfinden der Parteien eine „gute“ war, darf man wohl daraus schließen, daß nur in einem Falle Verurteilung eingeleitet wurde. Da selbst diese noch als unbegründet zurückgewiesen wurde, kann man wohl der Tätigkeit des Gerichts volle Anerkennung zollen.

Das Kaufmannsgericht hatte 77 Klagen gegen 60 des Vorjahres zu entscheiden; hierzu waren 42 Terminstage vor dem Vorsitzenden allein erforderlich, während das Spruchgericht an 14 Tagen in Funktion trat. Die Prozedurdauer hat bei diesem Gericht keine wesentlichen Schwankungen aufzuweisen. Die Klagenumstände differierten zwischen 10 und 2400 M. Auffällig ist die Fluktuation der Weisungen. Während beim Gewerbegericht sehr selten eine Amtsniederlegung wegen Verzugs nach außerhalb erfolgt, sind im Berichtsjahre nicht weniger als vier Weisungen aus dem Kreise der Handlungsgehilfen durch Domzilwechsel ausgeschieden.

Wannsee.

Von der Lokomotive des Jugsß Belgis erfaßt und erheblich verletzt wurde am Sonnabend bei Rade VI das sechsjährige Söhnchen des Bahnwärters Freibank. Die Verletzungen, hauptsächlich am Hinterkopf, sind sehr schwere, doch hofft man ihn am Leben zu erhalten. Der Junge muß in einem unbewachten Augenblick kurz vor Passieren des Jugsß sich den Gleisen genähert haben, beim Spielen hat ihn wohl dann die Lokomotive getroffen.

Oranienburg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der städtische „Juchsu“ für die höhere Mädchenschule erhöht sich für das laufende Jahr von 6000 auf 12 000 M. Auf Anfrage des Genossen Carlipp teilte der Vorsteher mit, daß die jetzt vorhandenen 121 Schülerinnen von 3 Lehrern und 4 Lehrerinnen unterrichtet würden. Für den Bau der städtischen Badeanstalt fordert der Magistrat infolge größerer Abmessungen eine Nachbewilligung von 2500 M. Genosse Raab betonte, daß die erste Vorlage hätte besser geprüft werden müssen. Die nachträgliche Forderung des Bäckers aber, den Bierkeller und Ausschank zu bauen, sollte man doch zurückweisen. Der Bürgermeister v. Loebell glaubte, daß man bei der verhältnismäßig hohen Pachtsumme dem Bäcker auch entgegenkommen müsse. Die Pacht betrage 700 M. und steige jährlich um 100 M. bis zu einer Höchstsumme von 1200 M. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Darauf brachte der Kammerer Feisinger eine längere Erklärung zu dem Idenschen Steuerprozeß zur Verlesung, welche als Antwort auf das in dem hiesigen „Lokalblattchen“ erschienene „Eingefand!“ des Herrn Iden dienen soll. In der umfangreichen Erklärung wird ausgeführt, wie die Stadt zur Verrechnung des hohen Wertzuwachses des betr. Idenschen Grundstückes gekommen sei. Des weiteren wird der Verlauf des Prozesses geschildert, der bekanntlich insofern für die Stadt ungünstig ausgefallen ist, als dieselbe drei Viertel der erhobenen Steuer wieder hat herausgeben müssen und obendrein noch die nicht unerheblichen Prozedurkosten tragen muß. Das betr. „Eingefand!“ sei durchaus unsachlich. Der Magistrat könne aber die „Flucht in die Öffentlichkeit“ nicht mitmachen und es solle deshalb an dieser Stelle die Antwort erfolgen. Daß aber doch noch andere Gründe gegen die „Flucht in die Öffentlichkeit“ mitsprechen, war aus der ganzen Vortragsweise deutlich herauszuhören.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Treptow, Dienstag, den 6. Mai, 6 Uhr, im Rathaus.
Nieder-Schönhausen, Heute Dienstag, abends 6 Uhr, Sitzung im Rathaus.

Hohen-Neuendorf, Heute Dienstag, nachmittags 6 Uhr, im Sitzungssaal, Berliner Str. 43/49.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizumischen.